

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Section der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostfachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

**Groß-
werbetag**
Sonntag, 26. April
Alles heraus!

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 23. April 1931 Nummer 71

Erhöhter Brotpreis und Kriegsbrot geplant

Zölle auf Fleisch, Speck, Hülsenfrucht, Eier, Gemüse Anschlag Brünning-Schieles, gestützt auf die von der SPD bewilligte Zollermächtigung

Dresden, 23. April
Die Dresdner Brotfabriken beabsichtigen, wie wir erfahren, dem Beispiele Berlins und Leipzigs entsprechend, den Brotpreis zu erhöhen oder das Brot zu verschlechtern.
Heute findet eine Besprechung des Reichsernährungsministers der Brünning-Diktatur, Schiele, mit den Bäckerei-Veretzern statt. Schiele wird, wie das Berliner Tageblatt meldet, nahelegen bei einer Ausmaßung von 70 Prozent Roggenbrot zuzugehen! Schiele will somit als Konjunktur für die Volksmassen ein Kriegsbrot einführen.
Heute sagt die Brünning-Regierung, um neue Notverordnungen gegen die Arbeiter, Gewerkschaften, Invaliden und Beamten zu beschließen. Zu dieser Regierungsbewegung verurteilt die sozialistische Reichsbund ein ultimatives Schreiben an Brünning, das Erhöhung der Zölle für Getreide, im Zusammenhang mit der Zoll-erhöhung für Schweine (von 27 auf 50 Mark), Fleisch (von 50 auf 70 Prozent), Speck, Schmalz, Geflügel, Fische, Erbsen, Bohnen und Linsen (von 15 auf 20 bzw. von 4 auf 8 Mark), Eier, Dörr-Gemüse, Holz fordert.

Heute berät die Brünning-Diktatur neue Notverordnungen Ungerechtere Sozialraubpläne

Berlin, 23. April. (Gg. Dschm.)
Heute ist das Brünning-Kabinett versammelt, um ein-
schneidende neue Notverordnungen gegen die Arbeiter, vor allem gegen die Gewerkschaften und Invaliden zu beraten. Gleichzeitig wird man die weiteren Abgaben der UG, um teufelhaft auf die Tagelöhner zu werfen, wobei man davon hofft, entweder eine Beamtenvergünstigung zu veranlassen oder die Arbeiter- und Ordisalgen zu kränken, vielleicht auch beides.
In der Dinstagssitzung des Arbeitsministers Siegelwald werden bereits die letzten Korrekturen an der neuen Notverordnung über „Arbeitslosenversicherung und Arbeitsbeschaffung“ ausgeführt. Die Ergebnisse der „mühseligen und unzufriedenen Erhebungen“ der Brauns-Gutachter-Kommission sollen in dieser Notverordnung ihren gefährlichen Niederschlag finden. Aus den bisherigen Verhandlungen, es wird immer schwerer den trüben Klauen der Brünningregierung aber bereits erkennbar. Arbeitslosigkeit führung ohne Lohnausgleich, das heißt wesentliche 10 bis 15 Prozentiger Lohnraub und Vertiefung der „Doppelverleumdung“ eine demagogische Umkehrung eines gesunden

Dresdner Betriebsräte rufen zum Kampf gegen Millionenraub

Heute tagte die Versammlung der Dresdner Betriebsräte, in der der Betriebsrat der Straßenbahn und Stadtrat Sencke Grauer in ausgeprägter, grüblerischer Weise den Millionenraub des Dresdner Rates (350 Prozent Erhöhung der Bürgersteuer, 64 Millionen Abbau des Hilfsvermögens, Verhöhnung der Arbeiter usw.) und seinem Zusammenhang mit Unternehmerrückgang, Scheitern und Schied-Diktatur beleuchtete und anprangerte. Die Betriebsräte beschließen einstimmig ein Kampfprogramm kommunistischer Forderungen der Volksmassen Dresdens. Es gilt jetzt im Massenkampf den Kampf auf der ganzen Linie zu entfesseln: Betriebe, Büros, Stempelstellen, an die Front, jetzt! Die Diktatur gegen den Millionenraub in Dresden!

Die SPD, die dem Zollermächtigungsgesetz ihre Zustimmung gab und der Bevölkerung vorlag, daß festgelegt ist, daß die Brotpreise nicht übersteigen werden dürfen. Spielt jetzt demagogische Entführung über den Brotwucher. Die Dresdner Volksgemeinschaft wagt zu, daß
„man jetzt ein neues Brot schafft, das wegen seiner Zusammensetzung schon aus gesundheitlichen Rücksichten zu nicht von allen Konsumenten verzehrt werden kann.“
„Schiele der Roggenpreis weiter, dann wird man ein neues Brot herstellen, das gemahlenes Stroh als Füllstoff enthält oder vielleicht auch Kohlrüben.“
Zugleich aber billigt die Volksgemeinschaft die Einführung eines schlechteren Brotes, indem sie wörtlich schreibt:
„Wir haben gewiß nichts gegen ein Roggenbrot zu einwenden.“ (11)
Die Zölle, die den armen Bauern keinen Vorteil, sondern den

Maxim Gorki tritt in KPD ein!



Maxim Gorki
der größte soziale Schriftsteller der Welt, der in den ersten Jahren nach 1917 dem Bolschewismus noch ablehnend gegenüberstand, hat jetzt, angesichts der gewaltigen sozialistischen Aufbaue und der grandiosen Kulturrevolution in Sowjetrußland, an den Genossen Stalin den Antrag gestellt, in die kommunistische Partei aufgenommen zu werden. Wir grüßen den Kommunisten Maxim Gorki

Jüdischer Verrat der DBB-Bonzen

Abrechnung mit den Handlangern der Baulöwen / Stärkt die KPD!

Die DBB-Bonzen hatten gestern 15 Uhr eine Versammlung der organisierten Bauarbeiter einberufen zu dem Zweck, im Auftrag der Baulöwen die Bauarbeiter zur Arbeitsaufnahme zu kommandieren. Ein Antrag auf Fortführung des Streikes und Verwirklichung des früher gefassten Beschlusses, bis zur Weiterzahlung des alten Lohnes zu streiken, wurde von Schürmann nicht zur Abstimmung gebracht.
Die Volksgemeinschaft veröffentlicht außerdem in ihrer gestrigen Ausgabe den Befehl an alle organisierten Kollegen, sofort die Arbeit aufzunehmen und zeigt, daß dieses Blatt für Unternehmerrückgang zu jeder Schandtat gegen die Arbeiter bereit ist.
Die Bonzen haben sogar die arbeitslosen Kollegen vor den Baulöwen mobilisiert für den Fall, daß ein Teil der Bauarbeiter die Arbeit nicht aufnehmen sollten.
Beim Tiefbau in Lößnitz wurde von 6 Zimmerern die Arbeit aufgenommen, die von den Unternehmern ihre Karte zu gestellt erhalten, während die Restbauarbeiter einzeln durch das Arbeitsamt auf die Baustellen geschickt werden. Die Arbeit wird aber nicht aufgenommen. Die Kollegen warten, bis die Regierung ihren Unfallschaden.

KPD Offen: 1. Mai keine Arbeitsruhe

SPD-Regierung verbietet Maidemonstration!

Offen, den 23. April.
Der KPD Offen, das größte Organ der Arbeiterbewegung, hat gegen die Stimmen der revolutionären Opposition mit Mehrheit beschlossen, in diesem Jahr am 1. Mai nicht zur Arbeitsruhe abzurufen.
Dieser entscheidende Verrat an einem der größten Symbole der gesamten Arbeiterbewegung wird täglich opportunistisch begründet. Die Bonzen und Baulöwen, die diesen Verrat haben, erklären beschämend, „man dürfe den Arbeitern keine Feiertage nicht machen“. Die niederträchtige Fratze, die da im Profiteure, nicht können lassen wollen.
Schönung, den 22. April.
Die sozialdemokratische Sonderregierung von Schaumburg-Lippe hat für den 1. Mai die Auszubereiten unter freiem Himmel verbieten. Ein von den kommunistischen Partei angelegtes Protestplakat wurde von der Polizei beschlagnahmt.
Diese ungeschicklichen Bemühungen der sozialdemokratischen Sonderregierung müssen in allen Betrieben und auf den Stempelstellen zur Diskussion gestellt werden. Den echten sozialdemokratischen

Vollstages auf die wertvollen Frauen, werden die Grundzüge der Notverordnung sein. Darüber hinaus neue Verschärfungen in der Arbeitslosenversicherung durch Erhöhen der Unterstützungsätze, Verdrängung der Arbeitslosenversicherung, Verlängerung der Wartegeldzeit und Gewährung der Pflichtarbeit. 500 Millionen Mark soll dieser neue Über-
schuß die jetzt schon am Hungertode nahenden ArbeiterInnen helfen. Die Verdrängung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich heißt die Gewerkschaften nicht die Millionen Mark. Der Lohnraub wird dadurch auf einen nie gekannten Tiefstand herabgedrückt.
Dieser für den Kapitalismus tote Willen, den die Brünning-Regierung durch die neue Notverordnung vollzieht, folgt dem Beispiel des deutschen Finanzkapitals. Ihre Pläne laufen auf einen völligen Abbau der Sozialleistungen, auf eine vollständige Verdrängung der Sozialversicherung hinaus. Sie sind die industriellen Werke der Brünning-Regierung die neue Sozialroute. In einem Artikel der Arbeiterbewegung vom 14. April 1931, unter dem Titel „Sozialpolitik — Die Kraft des Möglichen“ werden die Forderungen der Arbeiterbewegung veröffentlicht. Was man an der Sozialpolitik in Deutschland erreichen kann, ist in folgendem Satz festzuhalten:
„Nachdem bei der Kammerberatung ein Abbau der Sozialleistungen und völlige Verdrängung der Sozialversicherung beschlossen ist, dann sollten auch bei den weiteren Verhandlungen ausschließlich der Arbeiterbewegung die Sozialleistungen in der Sozialpolitik — ausgeschlossen.“
Wir haben, was alle nicht glauben, daß die Sozialpolitik der Arbeiterbewegung nicht nur im Reich, sondern auch in den Provinzen auf diese Weise der Arbeiterbewegung werden können.

74? Stahlhelm-Geldte in Dresden!

SPD-Arbeiter! Kämpft in roter Einheitsfront gegen die Mordbanden des Faschismus!

weil der Minister Stegerwald immer wieder behauptete, daß er unter keinen Umständen an der Grundidee der Sozialversicherung rütteln lassen wird, konnte doch auf Grund seiner Praxis kein Zweifel darüber bestehen, daß er auch in Zukunft alle Forderungen der Unternehmer auf weiteren Ausbau durchzuführen wird. Der Angriff der Bourgeoisie richtet sich jetzt besonders gegen die Invaliden- und Knappschaftsversicherung. Beide Versicherungszweige sind durch die wirtschaftliche Krise, die Rationalisierung, die Arbeitslosigkeit und durch den ständigen Abbau der Reichszuschüsse in ihrem finanziellen Bestand aufs Schwerste gefährdet. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß entweder nur ausreichende Zuschüsse oder, wie das die Absicht der Unternehmer ist, eine gewaltige Senkung der Leistungen diese sozialen Versicherungseinrichtungen vor dem Zusammenbruch retten können. Ausreichende Zuschüsse kommen nach der Auffassung der Unternehmer unter keinen Umständen in Frage. Die Streichung der Reichszuschüsse erfolgte ja bereits in einem solchen Moment, wo bereits der finanzielle Zusammenbruch sowohl der Invaliden- als auch der Knappschaftsversicherung offenbar war. In dem vorbereiteten Artikel wird die Gewährung jedes Reichszuschusses aufs Schärfste bekämpft und abgelehnt. Umso wärmer wird die Notwendigkeit des Abbaues der Leistungen befürwortet und in langen Ausführungen eingehend begründet. Dabei stellt der Artikelstreiber, der ehemalige Reichsminister Gothein selbst fest, daß die durchschnittlichen Invalidenrenten im Jahre 1930 gleich 36,40 Mark pro Monat betragen. Aus verlässlichen Gründen wendet er sich gegen jede Erhöhung der Beiträge. Die Wochenbeiträge sind von 1913, wo sie durchschnittlich 35,7 Pfennig betragen, auf 142,3 Pfennig im Jahre 1929 erhöht worden. Natürlich ist es für die Arbeiter ausgeschlossen, eine Beitragserhöhung, die ja nichts weiter als eine Kürzung des Reallohns bedeuten würde, in Kauf zu nehmen. Wenn die reformistische und sozialdemokratische Führerschaft die Beitragserhöhung fordert, so muß dem Arbeiter entgegengetreten werden.

Gothein glaubt, es veranlassen zu können, wenn eine gewaltige Kürzung der jetzt gezahlten Hungerrenten erfolgt. Er schreibt: „Es wäre durchaus zu veranlassen, die Renten um durchschnittlich 30 Prozent zu senken und die dadurch herbeigeführte Einparzung zur Hälfte auf die Beiträge, zur Hälfte auf den Reichszuschuß zu verteilen.“ Die Durchführung dieser Forderung würde also bedeuten, daß der jetzt durchschnittliche Rentenlohn 36,40 Mark um 11 Mark gekürzt würde. Eine unerhörte und ungläubige brutale Forderung, die hier erhoben wird. Der Invalide, der sein Leben lang für den Profit des Unternehmers ausgebeutet und ausgeplündert wurde, muß sich mit einer Durchschnittsrente von wenig mehr als 25 Mark im Monat abfinden. Abgesehen davon, daß diese Hungerrenten unter keinen Umständen auch zur Fröhlung des schmerzlichen Hungerdorns ausreichen würden, müßte ein solcher Anschlag eine neue Belastung der Gemeindefinanzen nach sich ziehen.

Aber auch vor solchen Unrichtigkeiten schreckt Gothein zur Begründung dieses neuzeitlichen Raubzuges nicht zurück. So behauptet er breit und gottesfürchtig, daß ein großer Teil der Renten an solche gerichtet wird, die keineswegs vollvermögensfähig sind, was ganz besonders „von der großen Mehrzahl der Witwen gilt“. Der sozialpolitische Theoretiker der Bergwerkszeitung sollte doch wenigstens die einfachsten, gesunden Bestimmungen der Invalidenversicherung beherrschen, wonach Witwenrenten nur nach Erreichung des 65. Lebensjahres ausbezahlt werden. Aber viele kleinen „Fälligkeiten“ gehören ja zum Handwerk der Unternehmerrhetorik.

Noch brutaler ist der Anschlag, der gegen die Reichsknappschaft von der Schwerindustrie vorbereitet wird. Die Sonderbehandlung der Bergarbeiter, wie das im Reichsknappschaftsgesetz vorgezeichnet ist, sollte ein vertriehtes Recht der Bergarbeiter unter Berücksichtigung ihrer außerordentlich schweren, lebensgefährlichen und vorzeitig die Arbeitskraft verbrauchenden Arbeit sein. Auch bei der Schaffung des Reichsknappschaftsgesetzes im Jahre 1924 wurde diese Sonderstellung der Bergarbeiter von dem damaligen Arbeitsminister Brauns besonders unterstützt. Heute gelten diese Versprechungen nicht mehr. Brutal fordert Gothein hinsichtlich der Reichsknappschaft: „Ein Sonderversicherungsbeitrag für einen auf absteigendem Fuß befindlichen Erwerbszweig, wie den Bergbau, hat sich als unmöglich erwiesen... Sie muß sich jetzt unter die Ritzlinie der allgemeinen Versicherung stellen.“ Wie viele „Retten“ auszuheilen soll, auch dafür hat Gothein das Rezept bei der Hand:

„Selbst bei nicht weiter eingeschränkter Solidarität müßten die Knappschaftsbeiträge von 8,5 auf 14,5 Prozent des Lohnes erhöht werden, um das Defizit zu decken. Da das unmöglich ist, bleibt nur eine scharfe Senkung der Leistungen übrig. Die bisherige hat nur 14 bis 17 Millionen Mark an Einparzungen gebracht. Da es sich dabei vielfach um wohlverdienende Köpfe der Rentempfläner handelt, wird man um einen gesetzlichen Zwangsvergleich mit ihnen oder um den Konturs nicht wohl herumkommen. Die auf das Maß der Reichsinvalidenversicherung herabzumindernden Rentenleistungen würden auf diese zu übernehmen sein.“ Man muß wohl sagen, daß das eine offene Sprache der Schlotterbörse ist. Sie behaupten nur das, was anlässlich der Verhandlungen über die Sanierung der Reichsknappschaft von mir bereits im vorigen Jahre gesagt wurde. Für die Knappschaftsrentenempfänger würde das eine durchschnittliche Senkung ihrer Renten von 83,80 Mt. auf rund 26 Mark pro Monat bedeuten. Der Mann ist klar: die Reichsknappschaft soll endgültig beseitigt werden.

Die Brüning-Regierung teilt diesem Treiben der Unternehmer durch ihre hinhaltende Taktik den größtmöglichen Vorschub. Sie hat nichts getan, um das Defizit in der Reichsknappschaft auszugleichen, im Gegenteil: die Reichszuschüsse, die im vergangenen Jahre 119 Millionen Mt. betragen sollten, sind jetzt fast gänzlich gestrichen. Diese Politik von Stegerwald beschleunigt den finanziellen Bankrott und macht somit die Reichsknappschaft zu seinen Vätern, wie sie von der Schwerindustrie vorbereitet werden, teil. Die Sozialdemokratie trägt dabei die Hauptverantwortung; denn sie hat dieser Brüning-Regierung durch ihr Vertrauen die weitere Ausführung und ihren schicksalhaften Hungerkurs ermöglicht.

Dieser neue Anschlag trifft die Gesamtarbeiterchaft, Erwerbslose, Betriebsarbeiter, Rentempfläner, Witwen und Waisen müssen jetzt bereits gegen die neuen Pläne mobil gemacht werden. Die Rentenzuschüsse sind das notwendige Ergebnis des Lohnraubes. Die Gefahr, daß die Hungerrenten bei fortgesetzten Vorkürzungen die Hungerlöhne „übersteigen“, soll durch den radikalen Abbau der Renten beseitigt werden. Lohnraub und Rentenraub liegen in einer Linie. Der nächsthöchste Kampf dagegen ist die Forderung des Tages. Die RSD hat ihn auf ihre Fahnen geschrieben: Nicht alles ist es, daß in die Kampffront eingegliedert, was die Gefahr zu bannen.

Nicht verhaftet, sondern brennen

Die vorerfahren so groß angelegte Aktion gegen die „RSD-Zellen in der Berliner Straße“ hat bereits wieder ins Wasser gefallen. Gestern benutzte die Schutzpolizei und die Polizei nicht nur die ganze Gewalt, sondern auch die ganze Wut, um die Zellen zu zerstören und die Teilnehmer zu verhaften. Die Zellen aber — so heißt es — waren von Offizieren, noch von Kommandanten ignoriert worden. Die Zellen aber — so heißt es — waren von Kommandanten ignoriert worden. Die Zellen aber — so heißt es — waren von Kommandanten ignoriert worden.

Dresden, den 23. April.
Der Stahlhelm beginnt in Dresden seine Demonstrationen planmäßig aufzunehmen. Angesichts des Durchkommens des schicksalhaften Volksbegehrens in Dresden will er offenbar weitere Vorstöße, da ja der Staatsapparat ihn vor der Arbeiterchaft nicht und nicht davon hindert, mit ihm aufzuzukommen. Die Dresdener Stahlhelmer haben deshalb für heute einen Geldte, den beteiligten Schnapfabrikanten und Bundesführer des Stahlhelms geladen, um den Triumph auszufolgen, den ihnen die Gewerkschafts-Koalitionspolitik verschafft hat.

Am Dienstagabend hatten die schicksalhaften Banden demonstriert, wie sicher sie sich in dieser Republik fühlen. Große Ueberfälle wurden auf offener Straße verübt, als die Teilnehmer an der SPD-Rundgebung nach Hause zogen. Geradezu bestechend ist die Tatsache, daß überall die Polizei so demonstrativ spitz erschien, daß die SPD-Arbeiter einladen, daß man im Kampf gegen den Faschismus die eigenen Hände gebrauchen muß, will man sich nicht von den Mordbanden abschlagen lassen. Bei Ueberfällen auf kommunistische Arbeiter hat ja die SPD-Presse, besonders gerade die Dresdener Volkszeitung, die Schuld auf die Arbeiter geschoben, um der Polizei Rückenbedeckung zu gewähren. Diesmal aber kann sie den SPD-Arbeitern nichts berattigen erzählen; denn diesmal waren es ja die SPD-Proleten selbst, die die Brutalität und Gemeinheit der schicksalhaften Banditen zu spüren bekamen. Daß sich hierbei Nazis und Stahlhelmer gemeinsam betätigten, kennzeichnet nur die gemeinsame Basis der Schütztruppen des Kapitals.

Erfreulicherweise ist festzustellen, daß die SPD-Proleten trotz des staatsstreuen Giftes der reformistischen Presse nicht verlernt haben, ihre Hände gegen den Faschismus zu gebrauchen. Die kommunistischen Arbeiter aus ihren Parteifolien herbeizulassen, um den angegriffenen Klassenossen beizustehen, besonders im Zentrum der Stadt und in Uebau war dies der Fall, ist ein deutliches Zeichen von der Kampfbereitschaft der Arbeitermassen, vom Willen zur Bildung der einheitsfrontigen Front gegen alle Arbeiterfeinde. Dieses geschlossene Auftreten verleiht auch seine Wirkung auf manchen verzerrten Proleten nicht, der in die Klauen der Nazis und Stahlhelmer geraten ist und den es wieder herauszuholen gilt aus dem schicksalhaften Sumpf.

Gleichzeitig aber sind diese Vorgänge eine ernste Mahnung an die SPD-Arbeiter. Sie erleben diesmal selbst, was ihre kommunistischen Klassenossen in ihrem Kampf gegen den Faschismus tagtäglich erleben müssen. Sie werden jetzt leichter erkennen können, wie verlogen und niederträchtig die Frege ihrer Presse ist, wenn diese die Kommunisten „schuldig“ spricht an den Mordüberfällen der Stahlhelmen und wenn sie bei jeder Arbeiterabwehr der Polizei die Möglichkeit gibt, sich auf die Arbeiter zu stützen und die schicksalhaften Mordbanden als die „Angreifer“ zu bezeichnen. Diesmal ist die Volkszeitung gezwungen, um die Kampfbereitschaft der SPD-Arbeiter aufzuzeigen, öffentlich zu erklären, daß diese sich selbstverständlich nicht diese schicksalhaften Provolationen gefallen lassen können und zu Gegenmaßnahmen greifen werden. Wir laden den SPD-Arbeiter: Jawohl, es ist höchste Zeit, den mehrfachen Kampf gegen die schicksalhaften Banden aufzunehmen! Wir sind jederzeit bereit, Schulter an Schulter mit allen Klassenossen gegen den Faschismus zu marschieren. Wir begrüßen die Kampfbereitschaft der SPD-Arbeiter, die sie bei der Abwehr der Stahlhelmen zeigten. Wir warnen sie aber, den plötzlich so wüsten Worten der Volkszeitung Glauben zu schenken und von den „staatsstreulichen“

Führern Kampf gegen den Faschismus zu erwarten, mit denen Vertreter diese Führer in Sachen Bündnispolitik, in Thüringen Stützpunkt und im ganzen Reich schismatische Koalitionspolitik treiben. Diese Führer sind es, die die Polizei des bürgerlichen Staates gegen die schicksalhaften, kämpferischen Arbeiter schlagen, sie opfern auch den Kampfbereitschaft der SPD-Arbeiter den Interessen des Staatsapparates und der Bourgeoisie. Von ihnen zu erwarten, daß sie den Kampf gegen den Faschismus organisieren, heißt: auf den Kampf verzichten; denn der Faschismus ist ja auch nur ein Hilfsmittel der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, wie es die Koalitions- und Staatspolitik der SPD-Führer ist. Die SPD-Arbeiter wollen jedoch kämpfen, das haben sie bewiesen. Jetzt kommt es darauf an, diesem Willen organisatorisch Ausdruck zu verleihen, aber nur unter wirklich Klassenbewußter revolutionärer Führung kann dieser Kampf begonnen und erfolgreich geführt werden. Wir appellieren deshalb an alle kämpfbereiten SPD-Arbeiter, in allen Stadtteilen und Orten sofort Verbindung aufzunehmen mit den bereits bestehenden Aktionsausschüssen gegen Faschismus. Wir fordern auch die Aktionsausschüsse auf, ihrerseits sofort an die SPD-Arbeiter ihres Bezirks zur Herbeiführung gemeinsamer Ausreden und gemeinsamer Maßnahmen heranzutreten.

Einheitsfront gegen den Faschismus ist das Gebot der Stunde! Diese Einheitsfront kann aber nur im Kampfe gegen alle diejenigen entstehen, die sich dem Staat der herrschenden Klasse und der Bourgeoisie verpflichtet und verbunden haben. Die proletarische Kampffront muß und wird liegen, jedoch nur unter revolutionärer Führung, unter der politischen Führung der einzigen antifaschistischen und antikapitalistischen Partei, der RPD!

Nazi-Propaganda abgewehrt

In Burgkühn und in Leipzig-Gewitz wurden Nazis Ueberfälle auf kommunistische Arbeiter durchzuführen. In Burgkühn gelang es ihnen auch, einen Arbeiter erheblich zu verletzen. Die empörten Proleten gingen darauf gegen das Parteibüro der Nazis vor. 2 Nazis wurden ins Krankenhaus geschickt; die Fenster des Büros gingen in Trümmer. In Leipzig wurden die Nazis in die Nacht gelockt und wurden einem Schwereverletzten ins Krankenhaus bringen. Die Polizei verhaftete hier, obgleich sie selbst erklärte, daß ein Mordanschlag noch nicht vorhanden, die Schuld den angegriffenen Arbeitern in die Schuhe zu schieben.

Schwere Gelängnisstrafen für Reichsbannerarbeiter!

Weil sie sich gegen die Mordbanden der Nazis zur Wehr setzten, wurden 30 Nationalsozialisten in Hamburg, 22. April. (Eig. Drahtmeldung.) Hier wurde ein Versuch gegen Reichsbannerarbeiter durchgeführt, die sich am 30. August 1930 gegen einen Truck mit 30 Nationalsozialisten als zur Wehr setzten. Wie üblich kamen die Nationalsozialisten nicht auf die Kuffelgebe, sondern wegen schwerer Körperverletzung und verbotener Waffenführung auf Grund der Notverordnungen wurden zwei Reichsbannerarbeiter zu 6 bzw. 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Rote Siege bei Siemens!

Berlin, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die ersten Betriebsrätewahlen bei Siemens ergaben einen glänzenden Erfolg für die roten Listen. Im Schaltwerk, wo fast die Hälfte der Kollegen abgebaut und meistens oppositionelle Kollegen hinausgeworfen wurden, errang die rote Liste die Mehrheit. Im vorigen Jahr war hier eine Mehrheit der Reformisten. Es wurden im Schaltwerk abgegeben für die RSD 712 (1930: 1027), für die Reformisten 663 (1930: 1101), für die Gelben 115 (1930: 259), für die Nazis 80 (-) Stimmen. Im Elmo-Werk: RSD 554 (1930: 479), Reformisten 871 (1930: 1244), Gelbe 100 (-), Nazis 155 (-) Stimmen. In beiden Werken haben die Reformisten eine empfindliche Niederlage erlitten.

Manöver der spanischen Sozialdemokraten

Wie die Volkszeitung aus Madrid meldet, hat der sozialdemokratische Finanzminister Prieto ihrem Korrespondenten gegenüber erklärt, die sozialdemokratischen Minister dürften bald vor oder bald nach der Einberufung des verfassunggebenden Parlaments aus dem Kabinett auscheiden, da dieser Beschluß seinerzeit von der Partei gefaßt worden sei. Allerdings — so fügte der schlaue Reformist hinzu — könne die Partei bis dahin noch andere Reichsziele lassen. Prieto versicherte im übrigen, daß er und seine Partei die bürgerliche Republik immer stützen würden, ob sie in oder außerhalb der Regierung lägen. Wir halten diesen letzten Teil der Erklärung für den glaubhaftesten Teil dieser Unterredung, die immerhin zeigt, daß die Reformisten nur durch das Anwachsen der proletarischen revolutionären Bewegung zu derzeitigen Manövern gezwungen sein können.

Weber die Lage in Spanien werden widersprechende Nachrichten verbreitet. In Madrid kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und Studenten und Polizei. In Barcelona und Sevilla herrscht noch der Belagerungszustand. Die Streikbewegung in Barcelona und Bilbao dauert an.

Heute überträgt Moskau — Dresden: Panzerkreuzer „Morgenrot“

27 Uhr nach dem Keglerheim Ansprache: Gen. Goldhammer
Unkostenbeitrag 10 und 20 Pf.

Nazi-Rückzug: Auf Schleichwegen in den Reichstag

Berlin, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Im Reichstagsauschuß zur Untersuchung der Roggenlähmung, der gestern keine Sitzung wieder annahm, erschienen zur allgemeinen Ueberraschung die Nationalsozialisten, einschließlich des Abgeordneten Wendhausen von der Landvolkpartei, der seinerzeit mit den Nationalsozialisten den Reichstag verlassen hatte. Die Nationalsozialisten beteiligten sich an den Verhandlungen des Ausschusses nicht, blieben jedoch bis zum Ende anwesend.

Magdeburg, 22. April. (Eig. Bericht.)

Die Zerückung der NSDAP ist auch in Magdeburg im vollen Gange. Eine Anzahl NSDAPer ist in den letzten Wochen und Tagen zur kommunistischen Partei übergetreten. An der richtigen Genosse Scheringer aus der Festung Gollnow folgendes Schreiben:

„Gollnow (Pommern), 15. April.
Liebe Kameraden!
Mit außerordentlicher Freude habe ich von Eurer Uebertritt zur roten Front. Ich beglückwünsche Euch zu diesem wichtigen Schritt. Es kommt nun alles darauf an, den christlichen Kämpfern, die heute noch glauben, die NSDAP würde die Revolutionierung des werktätigen deutschen Volkes durchzuführen, zu zeigen, welche Rolle sie in Wirklichkeit unter Hitlers Führung spielt. Es darf unter keinen Umständen unterkommen, daß revolutionäre Elemente beim Entscheidungskampf noch auf der falschen Seite stehen. Man muß ihnen den Weg weisen, daß die schicksalhaften Führer die nationale und soziale Befreiung anstreben. Man muß ihnen zeigen, daß diese Demagogen mit ihren sozialistischen Phrasen die Proleten nur einlagern wollen, um sie den Zwecken des Kapitalismus dienlich zu machen. Die Revolution marschiert allein mit uns. Wir werden das kapitalistische System zerbrechen, wir allein werden die Friedensbedinngen herstellen. Allet die Unwissenheit auf und reißt die Schwanzenden mit Euch. Jetzt Eure ganze Kraft daran, revolutionäre Kräfte in der RPD zu bilden und Resolutionen von Sturmabteilungskadetten für die Volkrevolution, gegen Hitler und Faschismus herauszugeben. Wir müssen alle Handhaben und alle Schwächen hinter uns werfen. Macht ganze Arbeit und reißt die roten Fahnen hoch!
Mit revolutionärem Gruß Euer Kamerad gen. Scheringer.“

Jugendnationalist kommt zum RSD.

„Durch die letzten Ereignisse innerhalb der NSDAP habe ich klar erkannt, daß diese Partei niemals die Interessen der Arbeiterchaft vertreten kann. Die letzten Ereignisse zeigen klar, daß die Führer dieser Partei korrupte Elemente sind. Darum muß für jeden hier denkenden Arbeiter innerhalb der NSDAP die Partei lauten: heraus aus der Partei die vom Kapital bezahlt und erträgt wird! Hinzu in die wirkliche Klassenfront der revolutionären Arbeiterchaft! Ich richte die selben Schritte, den Genossen Scheringer vor einigen Wochen getan hat. Ich trete hiermit ein in den kommunistischen Jugendverband.“

RNA, 16. April 1931. Konrad Wilden.

Hohe das Sowjetbanner in der spanischen Revolution!

Der fühne Freiheitskampf der spanischen Volksmassen beflügelt den Kampfsgeist der deutschen Arbeiterklasse.

Begrüßungstelegramm des Zentralkomitees der KPD. an die Kommunistische Partei Spaniens

Das Sekretariat des Zentralkomitees der KPD. sandte das nachfolgende Telegramm an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens:

Mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt die deutsche Arbeiterklasse und die kommunistische Partei Deutschlands Ihren heroischen Kampf. Die spanische Revolution als die erste revolutionäre Erhebung im Gefolge der Weltwirtschaftskrise ist weit über die Grenzen Spaniens hinaus ein Signal für die arbeitenden Massen in allen Ländern. Die Erschütterung des kapitalistischen Systems, der eiserne Vorwärtz der sozialistischen Revolution in der ganzen Welt, der Kampf der spanischen Revolution in der ganzen Welt, der Kampf der spanischen Revolution in der ganzen Welt, der Kampf der spanischen Revolution in der ganzen Welt...

blutiger Gewalt und skrupellosem Völkerverrat zurückzuführen vermochte. — genau so verhält sich in eurem Lande die Sozialdemokratie den Normen der proletarischen Revolution, den Sieg des Sozialismus über das bankrotte kapitalistische System zu vereiteln.

Das deutsche Proletariat hat seit dem 9. November 1918 12 1/2 Jahre lang die Folgen der konterrevolutionären Terror der Sozialdemokratie an den Interessen der Klassenkämpfer tragen müssen. Millionen und aber Millionen der deutschen Arbeiterklasse haben in diesen Jahren aus eigener Erfahrung die Rolle der Sozialdemokratie als die eines Sturmbrodes der kapitalistischen Diktatur durchschaut und ihre Konsequenz daraus gezogen. Sie sammelten sich in den Reihen der KPD, in der großen proletarischen Einheitsfront des revolutionären Klassenkampfes. In 12 1/2 Jahren hat sich das deutsche Proletariat seine Waffe, die revolutionäre Kampfpartei, die kommunistische Partei Deutschlands geschaffen.

Nur Euch, nur den Kommunisten Spaniens, steht die Aufgabe, die Rollen des Proletariats in der Arme der

proletarischen Revolution zu vereinen, die Bestätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse für die Sache der Revolution und des Sozialismus zu gewinnen und, nach der Zerlegung der Monarchie, der Verlegung der königlichen Familie, den Kampf für den Sturz des kapitalistischen Systems und die Errichtung der Sowjetmacht bis zum heiligen Ende voranzutreiben.

Die revolutionäre Kustanabewegung der Arbeiter von Barcelona, Sevilla, Valencia, Bilbao und anderen spanischen Industriestädten gegen die konterrevolutionäre Macht der Bourgeoisie und Sozialdemokratie, die die Revolution abwürgen und in Blut erstickend wollen, sind geschichtliche Beweise für den kühnen Kampfsgeist, den flammenden revolutionären Sinn und den eisernen Siegeswillen des spanischen Proletariats.

Nehmt die Trommel der proletarischen Revolution Empor! Das Banner des Kampfes für die Sowjetmacht! Mobilisiert die breiten Massen für den geschlossenen revolutionären Klassenkampf, für Streiks, Demonstrationen, Kämpfe aller Art, bis zum heiligen Kustan!

Es lebe die spanische Arbeiterklasse!
Es lebe die kommunistische Partei Spaniens!
Es lebe die spanische Revolution!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale

Arbeiterdemonstrationen in Warschau

Wachsende Aktivität des polnischen Proletariats

Warschau, 24. April. Am 17. April fanden in den Arbeiterbezirken Warschaws große Arbeiterdemonstrationen statt, in denen der kommunistische Gewerkschaftsbund Genosse Suljanowski sprach. Die Polizei gesteuerte die Demonstrationen. Die Demonstrationen sind jedoch wieder und drängen ins Stadtbanner vor. Hier fanden wiederum scharfe Zusammenstöße zwischen den Demonstranten und der Polizei statt.

Anlässlich des Petenankens des 1. Mai wuchs die Aktivität des polnischen Proletariats merklich. Die Ursache dieses Aufschwungs ist die unaufhaltbare Verschärfung der Wirtschaftskrise und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Die unaufhörlichen Hungerkämpfe und die Forderung der Unternehmern, die meiste Lohnzahlung zu tun in der Arbeiterklasse die größte Empörung hervor und festigen ihren Kampfsinn. In der Metallindustrie wenden sich die Arbeiter entschlossen gegen den Lohnabbau. In einigen Betrieben der Metallindustrie sind bereits Streiks ausgebrochen.

Kriegsregierung in Rumänien

Der Schwarze-Hundert-Mann Jorga an der Spitze des neuen Kabinetts

Durch die Bildung der Regierung Jorga tritt die Errichtung einer offenen faschistischen Militärdiktatur in Rumänien unmittelbar auf die Tagesordnung. Jorga, der Führer der ultrarumänischen Nationalpartei, der Organisator der Progressiven, der sich auf gewisse Schichten der bürgerlichen Intelligenz stützt, war von Anfang an der Spitze einer Regierung der „heiligen Union“ unter Teilnahme aller Parteien eingetreten. Er verfasste eine offene Diktaturregierung, unabhängig von allen Parteien, und bot dafür sogar die Auflösung seiner eigenen Partei an.

In den Bedingungen, die Professor Jorga stellte, schloß sich schließlich die Militär-Intelligenz. Selbst von ganz offizieller Seite wird nun die Regierung Jorgas als eine „perfekte

Regierung des Königs“ bezeichnet. König Carol hat alle dem ersten Staatsstreich, der ihn ins Land zurückführte, den zweiten folgen lassen. Es steht fest, daß das Parlament ohne Rücksicht aufgelöst werden wird.

Kuhnpolitisch bringt die Regierung Jorga die größte Gefahr eines militärischen Ueberfalls auf die Sowjetunion.

Aufstand in Paraguay

Washington, 22. April. Die Regierung von Paraguay gibt bekannt, daß die Aufständischen die in der Nähe der argentinischen Grenze gelegene Stadt Libertad besetzt haben. Einzelheiten liegen noch nicht vor, da die telephonischen und telegraphischen Verbindungen abgebrochen sein sollen. Die Regierung werde energische Maßnahmen ergreifen, um die Revolte zu unterdrücken.

Schwere Kämpfe in Honduras

New York, 21. April. Ueber die Lage in Honduras bringen nur sehr spärliche Nachrichten durch. Nach den letzten Meldungen soll es in den Gebieten El Progreso, La Ceiba und Tela zu blutigen Kämpfen gekommen sein. Die Aufständischen marschieren gegen San Pedro Sula, die Hauptstadt der Provinz Cortes, vor.

Ellons als Generaldirektor

Ungeduld eines internationalen Konzerns

London, 20. April. (Sig. Meldung.) Geben Sie Eppich zufolge sei dem König Ellons von einem internationalen Konzern, der wichtige Unternehmungen in England, Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Ungarn, den Vereinigten Staaten, Argentinien, Spanien und Portugal kontrolliert und ein Kapital von 25 Millionen Pfund Sterling besitzt, der Posten des Generaldirektors mit einem Gehalt von 20 000 Pfund Sterling jährlich angeboten worden.

Wirtschaftsboykott der Sowjetunion

Die „Tswestija“ schreiben zum Echo der deutsch-österreichischen Journalisten:

„Als Irland mit seinem paneuropäischen Projekt hervortrat, verfolgte er in erster Linie das Ziel, einen Wirtschaftskrieg zu schaffen und spezialisierte darauf, daß die Agrarländer daran interessiert sein würden, besondere Vorteile für die Einfuhr ihrer Waren in die Industriestaaten Europas zu erhalten. Jetzt nimmt Deutschland dank dem Wiederschlag des deutsch-österreichischen Boykotts und im Zusammenhang mit dem Ablauf der deutsch-rumänischen Verhandlungen die transatlantische Initiative auf und wird sogar zum Initiator des europäischen Boykotts in Britains Europa-Komitee.“

Das alles ist höchst beachtenswert. Die Bekämpfung eines besonderen Vorzugsregimes für den Handel zwischen den einzelnen europäischen Ländern würde bedeuten, daß der Sowjetexport im Vergleich zu den bevorrechtigten Staaten in eine nachteilige Lage verwickelt werden soll. Wir haben es also mit Maßnahmen zu tun, die in der Form, in welcher sie gegenwärtig vorgeht, werden, den Weg zu einem wirtschaftlichen Boykott der Sowjetunion freimachen.“

Frauen in Not

Berichtet von Carl Gredé

Korrespondent: Walter Schulz Berlin. Berlin-Dahlem, Brandenburgerstr. 8. 29. Fortsetzung

Frau Grobtopf hatte einen Mann, der ihrer Würdig war, ein Gewohnheitsverbrecher. Der Mann hatte in jedem Quartal seine Strafstunde, mal war es ein Fettersp, mal eine Büchse, zuletzt wurde er sogar in ein Weineisenzehnjahren verurteilt. Er wurde ab und zu auch bestraft, brummte dann seine Zeit ab und wurde danach freudig begrüßt von den Seinen in den Echos der Familie wieder aufgenommen.

Diese Eindrücke hatten lange und schmerzliche neun Kinder erzeugt. Alle Kinder wiesen die herzerweichendsten Eigenschaften der Eltern in höchster Potenz auf: hoch, schlau, ungenügsam und frohdumm. Dabei entbehrten sie gar nicht einmal einer gewissen Schlauheit, wie sie auch der Vater heissen wollte demellen konnte. Das machte sie aber nur noch ungenügsamer und gefährlicher.

Grobtopfs hatten sich in einer Siedlung ein Häuschen gebaut, das man ihnen später dann nicht wegnehmen konnte, es gab da irgendwelche Schutzbestimmungen. Das Haus war natürlich völlig verwohnt, und die Familie Grobtopf war der Schwärze der ganzen Umgebung. Während sonst sehr ordentliche Arbeiterfamilien da wohnten, die sich in züchtendem Fleiß wahrhafte kleine Paradiese geschaffen hatten, mit gepflegten Gärten, in denen artige Kinder spielten, bildete das Stammbaum der Grobtopfs, befeht mit neun ungenügsamen Jungen, geradezu eine Raubtierzucht in dieser Umgebung.

Sie demollierten alles, was sie erreichen konnten, verprügelten die artigen Nachbarkinder, beschmutzten die Straße ungenügsam und machten sie dadurch für Automobiler unpassierbar, daß sie vermittelst Glascherben, Draht und flischendenden förmlichen Autoschrauben konstruierten. Eine gewaltige Herde für spätere große Eisenbahnbohlen. Sie nahen und raubten „aus Gärten und Feldern, was sie irgend erreichen konnten.“

Zudem boten die Kinder einen ungenügsamen Knall. Ungenügsam, mit schiefem gekrümmten Rücken, häßlichen Gesichtszügen, herabgezogenen Augen, rote eines Unbefähigten Aussehen, ungelagertes Haar, Knebel, um Vorkommen zu lassen, nach Wagon und Tieren mit Steinen zu werfen oder sich auch

untereinander zu schlagen. Sie beschnitzten ungenügsam die Hühner und kamen später, eine nach dem anderen, in die Fürsorgeerziehung.

Die Eltern hatten, befähigt durch die schon vorher beschriebene Schlauheit, allerdings ein mühsames Geld zu verdienen. Als vollwertige Mitglieder hatten sie ja bei jeder Wahl zwei Stimmen zu vergeben, und sie verkauften sich diese bei jeder Wahl erneut an die Parteien. Dabei waren sie so raffiniert, daß manchmal mehrere Parteien während der Wahlkampagne sich etwas darauf einbildeten, Grobtopfs in ihren Listen führen zu dürfen.

Das brachte Vorteile mancherlei Art: Kartoffeln, Feuerung, abgetragene Kleidungsstücke, ja sogar Geld. Jedes Jahr zwei bis einmal in den Herbst, auf zwei Schultern zu tragen, so pflegte Vater Grobtopf pflichtig lächelnd anzuschauen: „Ja, ja die Noten sind mit ja nur fünfzigtausend, um ja spielen.“ (wenn beispielsweise ein Parteiparlier ihnen den Besuch einer sozialistischen Versammlung verweigert). So lagen sie sich durch.

Später, als diese Einnahmequelle versiege, machten sie in Främigkeit. Ein hoher Beamter der Stadt nahm sie ihrer als Vorsitzender einer pietistischen Sekte in geradezu rührender Weise an. Er hoffte, die Seelen dieser Familie zu retten, und betraute jeden einzelnen der Familie, er überließ alle Rechte des Vaters Grobtopf mit christlicher Nächstenliebe und hatte natürlich keine Ahnung davon, daß das Ehepaar Grobtopf sich unter vier Augen tollkühner wußte. Eine Schwester erkrankte in keinem Krankenhaus, sondern wurde zu Hause gepflegt, bis sie starb. Die Mutter erkrankte in einem Sanatorium, konnte Frau Grobtopf Sanatorium in ihrem Haus tragen. Sie gab sich für ein Wunder aus, sobald die Schwester dem Dunkelreiß dieser Kinspähre erkrankte war, alles wieder in jenen Jahren unbeschreiblichen Dredos zu verlegen, in dem sie sich allein wegschleichen konnte. Es waren eben Naturwissenschaften, diese Grobtopfs.

In einem Punkt war allerdings Frau Grobtopf, vom Standpunkt des Staates aus gesehen, ungenügsam gewesen, geradezu unbeschreiblich. Sie war nämlich eine häßliche Schwelmerin. Wie sie schon erwähnt, hatte sie neun leibliche Kinder geboren: Soldaten, Kassenprüfer, Handarbeiter und Hausarbeiterinnen.

Während man sich mit allen sonstigen Gefehrsbestimmungen nicht abgab, erfolgte eine fleißige Karandolage mit der Tochter, die Frau Grobtopf nicht müde wurde ihre Schönheit zu erheben. Die Wohnung wurde ihr nämlich zu klein, und sie ließ sich ein neues Haus bauen, was sie — selbstverständlich in der aller primitivsten Weise — selber ab. Angeblich soll sie dabei einen

schwanzigen Querschnitt benutzt haben, und trotzdem ging alles labelllos. Die Spuren wurden jedoch beseitigt, daß die Frucht und Knospe von den Schweinen angeknabbert wurde, die blutige Wäsche bekam die Schwester zu waschen, und einige Stunden nach der Erledigung der Angelegenheit fand Frau Grobtopf schon wieder wieder vor der Haustür und schlief. Sie hatte eine Bombennatur, diese Frau!

Drei- bis viermal ging das gut. Beim fünften Male erfolgte eine Anzeige. Eine schwere Strafe mit dem Knabberhaus veranlagte die Denunziation. Frau Grobtopf machte übrigens Dritten gegenüber gar kein Hehl aus ihrer Unabwiesigkeit. Sie behauptete, sie hätte an ihren neun Kindern genug. Dann doch noch sich so humoristisch vor Gericht in ihrer Unabwiesigkeit, daß ein Richter sie mit drei Monaten und Bewährungsfrist entließ. Das sechste Mal ging wieder gut, allerdings hatte irgendein Kassenarzt ein halbes Jahr zu tun, um Frau Grobtopf wieder auf die Beine zu bringen. Eine kleine Infektion!

Beim nächsten Male kam sie wieder vor den Richter, und nun kam sie einmal an einen scharfen Staatsanwalt, und wir konnten zum Anfang dieses Berichtes zurück. Der wies sie einmütig auf ihre Pflicht hin, „an dem Wiedererhalten des Vaterlandes beizuhelfen“, daß sie dem Staat etwas und Licht schenke. „Alle sollte denn Deutschland wieder hochkommen, wenn die Frauen des Volkes ihre Pflicht nicht mehr erfüllen wollten? Ob sie denn ihr Vaterland nicht liebe? Sie gehe doch in die Kirche, und das einzige Gute an ihr sei noch ihre Främigkeit. Ob sie sich denn nicht für darüber sei, daß sie sich durch so eine Verurteilung direkt am Staatsvertrauen vergriffe?“ Und so plapperte es dann noch eine Weile wie ein Gewitterregen in diesem Stil weiter auf Frau Grobtopfs Haupt, was sie die Wunde eines jungen, solchen Staatsanwaltes produzierten kann. Frau Grobtopf führte ein fröhliches Theater auf. Manchmal heulte sie zum Gegenstand, denn wieder war sie ihrem Gemüts, bei der Jugendzeit lag hinter dem Talentschnee einen ganz artigen Blick zu, was dem man deutlich erkennen konnte, wie hoch sie über der Situation stand. Diese Wunde hatten sie zum Verhängnis werden. — Der Richter fing ein solches Gespräch an, und als sie dann nach Häufigkeit sprach: „Ja, was sie sich immer so hoch über die Gerichte setzen meine Kinder so ungenügsam, sie haben doch ein Recht.“ Da wurde sie zum Schluß alle beschuldigt, die einen Jahr Gefängnis ohne Bewährungsfrist erwartete. Die Wunde mit dem Staatlichen Staatsanwalt und Richter zu tun und was sie tun wollten, so etwas wie die die Wunde. (Fortsetzung)

Dresden-A.

Esst immer Schlüter Vollkorn-Brot besonders nahrhaft, billig u. bekömmlich!

Gustav Tuchler, Nachf. Johannstr. 2 / Herren-Modewaren

Wir sind bekannt als gut und billig. Beschließen Sie bitte unsere Schaufenster. Erwerblich erhält. 10% Kassenrab.

Wäsche- u. Baumwollhaus Fraueneck Schützenstraße 9 am Altmarkt

Ich lade Sie ein... Schokolade kauft man in SCHO-KA-TEE Geschäften

Schokoladen kauft man in SCHO-KA-TEE Geschäften Dresden, Wildstruß, Freiberg, Kamenz, Radeburg, Radebul, Wurzen, Pirna, Kötzschenbroda

Bruno Delling Tabaker, Leder- und Kasse-Import-Großhandlung

Mehl T. BIENERT Gries

Krawatten, Tücher, Seidenstoffe, Bänder SEIDENHAUS CARL SCHNEIDER ALTMARKT 8

Original Wiener Küche Schneidbuffet Amalienkübi

Deutsch-Russische Bäckerei Konditorei und Kaffee

cfö-u. Feuerbestattungen Dresdener Beerdigungsanstalt

Damentaschen die neuesten Modelle Große Auswahl Niedrige Preise Richard Hänel Lederwaren-Fabrik, Pillnitzer Str. 5

Wintersport H. Nicolai, Kleine Ringstraße 3 Hausfrauen Markt Braunschweig

Gasthaus STADT BRAUNSCHWEIG Cafe Verpflegung mit Übernachtung

Musikinstrumente Zubehör und Reparatur A. Lorenz

Bayr. Bier- u. Speisehaus Schloßstraße 16



KREITER HAVANNA 15 Zigarre Edelste Übersee-Tabake

Gertrud Seyfert Annenstr. 19 / Schokoladen-Spezial-Geschäft

Teekanne-Tee ist schmackhaft, bekömmlich und billig

Bärenschänke Webergasse 27

Hauptbahnhofs-Wirtschaft Dresden

Billige Hausgerichte Mittagsgedecke von RM 1,- an

Überall die vorzüglichen Flaschenbiere und alkoholreichen Getränke

TROIKA RUSSISCHE GASTSTÄTTE Dresden, Altmarkt 3

Hausfrauen kaufen hier Butter, Käse, Eier und Milch

Puppen-Börsitz Annenstr. 37 (Bad Kötzschen)

Original A E Spezial-Schokolade

Sie können darauf warten! Sorgfältig, billig, prompt

Allerfeinste Tafel-Butter

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Fahrräder, Nähmaschinen Sprechapparate, Radio

Hermann Gruber Annenstr. 14

Schokoladen- und Zuckerwaren

Hänel ist stadtbekannt für gute Ware und billige Preise!

SCHOKO-REICHEL KAFFEE TEE RAKUSA

Das wird Sie interessieren! In unserer Kasse haben wir eine riesige Auswahl

Wäsche, Betten, Decken Heckel & Gattermann

Schokoladen Hering Kaffee-Groß-Händler / Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik

Sanussa - Husten - Bonbons

Schöser-Kneipe-Poppitz 13

Wanna-BILLIGE WERTARBEIT Rischees



Ernst Thälmann Über die Bedeutung des 1. Mai

Millionen Ausgebeuteter und Unterdrückter der ganzen Welt rufen wieder zum Kampfmarsch am 1. Mai zur Kampf- demonstration, zum politischen Massenstreik. Zum Massenstreik gegen das schandwürdige, kapitalistische System, das Millionen dem Hunger ausliefert, 160 Millionen rufen auf der anderen Seite zur Feier des liegeleichen Aufbaues des Sozialismus im Vaterland aller Weltbürger, der Sowjetunion.

Wohl niemals hatten die Gegenkräfte der kapitalistischen Welt solche Formen angenommen wie gerade in diesem Jahr. Hier: Arbeitslosigkeit, Unterdrückung, Völkerterror, Hunger, Not und bitterstes Elend. Dort im Lande der Arbeiter: Aufbau des Sozialismus, Arbeitermangel, Freiheit und Brot für alle Weltbürger. Hier: untergehende Welt des bluttriefenden Kapitalismus — dort: die Idee des Sozialismus ist Leben, ist Wahrheit, ist zur greifbaren Tatsache geworden. Der 1. Mai 1931 im Zeichen des Sieges des Sozialismus an der Wirtschaftskrise.

Am Zeichen des Kampfes vieler Welten rufen wir für den 1. Mai. Noch Millionen müssen aufgerüttelt werden für die rote Einheitsfront und gewonnen werden. Ein Mittel dazu ist die eben erschienene ausgezeichnete Maizeitung der Kommunistischen Partei. Ausgezeichnetes Bildmaterial aus dem Leben der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite. Unser Führer Ernst Thälmann zeichnet im Zeit- artikel in knappen, prägnanten Sätzen die Bedeutung des dies- jährigen Kampftages. Franz Dohlen und Arnh. Deker, die Führer der roten Gewerkschaftsbewegung ergreifen die Feder, um die Gegensätze zwischen kapitalistischer und sozialistischer Kampfweise darzulegen, für den vorerlebenden Mittelstand und den Klein- bauern den Ausweg zu zeigen. Willi Münzenberg liefert einen Beitrag unter dem Signum: „Am 1. Mai für die Sowjetunion“. Das sind nur kleine Aussätze aus dem reichen Inhalt dieser prä- zisen Zeitung. Selbstverständlich hat auch die Jugend den ent- sprechenden Anteil an der Zeitung, wie auch dem Leben der wertvollen Frauen eine ganze Seite gewidmet wurde. Die Mai- zeitung 1931 ist ein historisches Dokument. Deshalb darf sie in keiner Arbeiterwohnung fehlen.

Kommunisten an die Front! Massenvertrieb organisiert!
In Haus und Fabrik, in Werkstatt und Kantor,
Überall die Maizeitung!

Heute funkts Mostau ins Reglerheim!

Dampferkreuzer Morgenrot

Der fabelhafte Dampferkreuzer Morgenrot behandelt den Beginn der proletarischen Revolution in Petersburg am 7. November 1917. Der Dampferkreuzer Morgenrot ist das Kriegsschiff Aurora, dessen revolutionäre Bestimmung das Feuer auf den weißgardistischen Kadetten besetzten Winterpalast eröffnete und damit den militärischen Sieg der Revolution herbeiführte.

Mostau! Mit diesem Wort schreden die Propagandisten der Bourgeoisie die Heimbürgerlichen Instanzen der Spielbürger auf. Für die revolutionäre Arbeiterklasse aber verkörpern diese zwei Sätze mitten in der Nacht des kapitalistischen Unterganges das Verdienst einer erlösenden Zukunft. Für das Klassenbewußte Proletariat, ohne Unterschied der Partei, bedeuten sie Hoffnung und Erfüllung. Jetzt hat die Bourgeoisie einen neuen Schläger, der uns belästigen angeht. Der böse Bolschewismus baut in seiner grotesken Selbstliebe so viele und so gewaltige Kadetten, daß das Gift des Kalktrucks gegen die vom „Lieben Gott“ eingeleiteten Hüter des heiligen Privatigentums nun alle europäischen Länder überflutet. Der Krieg im Jahre 1929 ist ausgebrochen. Die Sowjetunion baut im Rahmen des Fünfjahresplanes 21 Sender von 100 Kilowatt und einen Sender bei Mostau von 300 Kilowatt Sendeleistung. Die imperialistischen Regierungen wägen. Man baut ein Festsitzungsnetz aus Störfern. Man alarmiert, man lügt.

Durch Organisierung von fabelhaften Edderabenben kann das

Schlagt Lärm in den Betrieben und Stempelstellen!

Riesegehälter der Unterförstungsräuber

Ratsgehälter um 80 000 RM erhöht / Rätze erhält 1043 RM — ein Wohlfahrts- erwerbsloser dagegen 4 Mark 48 Pfennige pro Woche!

Der Dresdner Rat hat den Etat verabschiedet. Die ungehe- erlichen Raubvorläufe sind von uns bereits mitgeteilt worden. Er spart bei den Werftstätten, und wie sieht es bei ihm selbst aus? Das sagt die Kolktion 1 der Raubvorläufe. In dieser sind in die- sem Jahre eingelegt rund 381 622 Mark. Im vorigen Jahre waren eingelegt 273 192 Mark.

Das ist eine Steigerung um rund 88 430 Mark!

Diese ungeheure Summe erhalten 14 Stadträte und zwei Bürger- meister, zusammen also 16 Personen. Während die Hungerunter- stützungen der Rentner abgebaut werden, während bei den lang- jährigen Erwerbslosen getrotzelt wird, steigen die Ausgaben für die Schwerverdiener.

Sie probiren Sparmittel

Diese Herrschaften besitzen den Mut, den Werttätigen größte Sparmittel zu empfehlen. Sie sollen von Kostja und reden von gemeinsamer Not, die gemeinsam überwunden werden müsse. Sie probiren die Vorgesetzten einzufrachten, und dabei rauben sie den Hungri- gen noch das letzte Stück Brot vom Tische. Diese Leute mit den Riesegehältern machen dem Staatsoberrenten jetzt folgende un- geheure Vorläufe.

... und so sieht ihre „Sollergemeinschaft“ aus!

Die Vorläufe sieht vor den Abbau aller bisher anrechnungsfrei gewordenen Renten der Sozialrentner. Das sind, je nach dem wie der Fall liegt, bei den einzelnen Invaliden und Alters- oder Unfallrentnern Kürzungen um rund 5 bis 10 Mark monatlich. Darüber hinaus wird aber durch den Rat verlangt: Herabsetzung der Rentersätze in der allgemeinen und geborenen Rente.

Wie begründet der Rat diesen Schmeißplan?

In der Raubvorläufe heißt es:
„Die steigende Finanznot zwingt alle beteiligten Kreise... sich ernstlich mit der Frage zu beschäftigen, welche Einsparnisse auf allen Gebieten der Verwaltung im allgemeinen und auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege im besonderen möglich sind.“

Im Vordergrund steht dabei die für die Erigerung der Aus- gaben am meisten ins Gewicht fallende Frage der Remission der Nichtjäger für die laufenden Unterhaltungen.“

Das mühten wir schon lange. Darauf hatten sie es schon immer abgesehen. Die selben Leute, die bei sich wissen, was sie brau- den, die sich die letzten Gehälter bewilligen, sie wollen den an- deren das Sparen beibringen, weshalb denn diese Leute weiter schreiben:

„Es ist dabei davon auszugehen, daß auch die Nichtjäger, die zur Ausführung des notwendigen Lebensbedarfs dienen sollen und denen die notwendigen Forderungen für Nahrung, Wohnung und Heizung zugrunde liegen, sich nach den jewei-

gen Kosten dieser Bedürfnisse richten müssen. Es muß daher auch ihre Herabsetzung in Erwägung gezogen werden...“

Dann lassen sie die Raube aus dem Saß. Mit kaltem Deut- lich wird zugesagt, weshalb der Lohn- und Gehaltensraub durch- geführt wurde, denn es heißt:

„Das erscheint im gegenwärtigen Augenblick umjomeht an- gänglich, als auch die Löhne der meisten Arbeiter um 6 Prozent gekürzt worden sind.“

„Abgehen von diesen Ermäßigungen allgemeine Not ist vor allem durch die eingetretene Senkung der Kosten des Lebensunterhalts eine Herabsetzung der Unterhaltungsgehalte ge- boren. Die jetzigen Fälle gelten unverändert seit April 1929. Seit- her sind aber die Preise für Lebensmittel und sonstige Be- dürfnisse, für die im Unterhaltungsgehalt je ein entsprechender Be- trag eingelegt ist, wesentlich gestiegen...“

Sind wesentlich gestiegen. Man muß diesen Satz unbedingt zweimal lesen, um den ganzen Hohn zu verstehen, der in diesen wenigen Zeilen liegt. Der Rat hat aber auch ausgerechnet, was dann noch notwendig ist, Er schreibt:

„Die Bekräftigung des Ernährungsaufwands veranlaßt be- nach folgende Kosten: im Monat März 1928 monatlich 21,46 Mark (im Februarjahre eingelegt 23,46 Mark), im Januar 1931 monatlich 17,22 Mark. Ohne die insoweit eingelegten we- tereren Senkung der Lebensmittelpreise zu berücksichtigen wären also als Ernährungsaufwand einzustellen:

Monatlich in der allgemeinen Rente für Erwachsene 17,22 Mark, geborene Rente für Kinder in der allgemeinen Rente 13,33 Mark, in der geborenen Rente 16,95 Mark. Hierzu der von den städtischen Körperschaften im Einigungsverfahren im März 1928 abgeschlossene weitere Ernährungssatz (l. a.) für Erwachsene 2 Mark (2,50 Mark), für Kinder 1 Mark (1,50 Mark).

Mit 19,22 Mark soll nach dieser jämmerlichen Berechnung ein Er- werbsloser seine Ernährung im Monat bestreiten können. Das ist ein Abbau gegenüber den früheren Sähen um 1,18 Mark im Mo- nat. Der Erwerbslose, der Sozialrentner soll mit 64 Pfennig pro Tag sein Leben fristen können. Das heißt aber, wenn er volle Unterhaltung erhält. Diese erhalten aber nur die wenigsten.

Und was erhält der Oberbürgermeister?

Der Oberbürgermeister erhält 32 000 Mark Gehalt, 5000 Mark Aufwandsentschädigung und ungefähr 20 000 aus der Städti- schen Eristung, das sind rund 55 000 Mark. Das würde bedeuten, pro Tag 148 Mark, für die Arbeitsstunden 18,26 Mark.

Der 2. Bürgermeister erhält 21 000 Mark Gehalt, 3000 Mark Aufwandsentschädigung und 20 000 Mark aus der Städtischen Eristung, das sind pro Tag 124 Mark, pro Stunde 15,56 Mark.

Und der Stadtrat erhält?

16 000 Mark Gehalt, 1800 Mark Aufwandsentschädigung und Wohnungsgeld.

Das sind pro Tag 56 Mark, pro Stunde 6 Mark.

Die kleinstbezahlten dieser Herren beziehen also die Stunde mehr, als dem Wohlfahrts-erwerbslosen für seine Ernährung für die ganze Woche zubilligen. Kann es eine schlimmere Kallote geben gegen dieses System und seine Stützen, die SPD und die Nazis?

Werftätige, erhebt eure Stimme zum Massenstreik! Formiert in roter Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei die Kampfkomitees gegen Sozialreaktion und Kapitalismus! Zeigt eure Kampfbereitschaft durch wuchtigen Kampfmarsch unter den Fah- nen der Kommunistischen Partei am 1. Mai!

Die juristische Sprechstunde des Genossen Helm fällt morgen wegen Behinderung aus.

Schmerz Verkehrsamtliche

Am Dienstag kam es an der Kreuzung Godesallee und Fiedlerstraße zu einem Zusammenstoß von einem Personen- kraftwagen mit einem kleineren Wagen. Beide Wagen kamen aus ihrer Fahrtrichtung. Der von einer Dame geleitete Kraft- wagen fuhr zwischen einem Oberleitungsmast und einem Mast hindurch auf die Gasbahn des an die elektrische Einfristung der Anlagen. Hierbei wurden vier Damen aus Leipzig, die an einer Silberhochzeit in Dresden teilgenommen hatten, von dem Kraftwagen umgerissen; dabei wurden zwei Frauen schwer und eine leicht verletzt. Die Unfallkommission des Kriminalamts nahm die erforderlichen Ermittlungen zur Klärung der Schuld- frage vor, die zur Sichtung der Fahrer des von der Fiedler- straße hergekommenen Kraftwagens führte; sie wird der Staatsanwaltschaft angelehrt.

Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich am Mittwoch. Hier wurde ein Lastkraftwagen am Theaterplatz umgefallen. Dabei stürzte das Fahrzeug, das eine außerordentlich hohe Belas- tung gehabt haben soll. Der Wagen geriet ins Schlingern. Der Fahrer verlor die Gewalt über das Fahrzeug, das über die Rettungsinsel kante. Dort wurde ein Arbeiter erschlagen und zu Boden geschleudert. Der Frau erlitt dabei schwere Verletzungen. Die Rettungsarbeiten wurden mit einer Kraftwagene der Krankenhaus angelehrt. Der Lastkraftwagen, der erst in der Mitte der zweiten Verkehrsinsel zum Stehen gebracht worden war, wurde von der Unfallkommission abgestellt, der Fahrer wurde zur Vernehmung dem Polizeipräsidium angelehrt.

Vor Schwimmbad wird gewarnt!

Vor einiger Zeit informierte ein Unbekannter in verschiedenen Tageszeitungen, daß er Geld ausleihen könne und erbot die Offen- barung nach einer bestimmten Frist in Dresden. Er legte sich mit dem Geldsuchenden in Verbindung und machte die Gewährung des Darlehens davon abhängig, Mitglied einer Kampfgemeinschaft zu werden, denn verlangte er noch eine Gebühr von 15 Mark und unterzeichnete die Urkunde mit „Arter Wälder“. Wie die Kym- nalpolitik letztendlich sei, handelt es sich um einen Schwimmbad, einen 25-60 Jahre alten Mann.

Verfälschte Briefe. Reichlichliche bringen nach in des Stationsnummer eines tiefen Krankenhauses ein und an- wendeten ca. 1000 Mark Bergeld und für 115 Mark Verrechnung in kleineren Beträgen. In derselben Nacht wurde auch in einer Wohnung in der Godesallee ein Reichlichliche angeschrieben. Nach dem Erlangen der Täter Bergeld, hat das Reichlichliche erzwungen Eintritte von einem Genossen u. a. weiteren aus- gezeichneten und große Forderungen, Größe 6 und 2.

In dem Tod getrieben

Am Mittwoch 7.10 Uhr wurde im Krankenhaus ein Mann erkrankt angeschrieben. Er wurde für ein paar Tage in der Klinik, dann aber ins Haus, wo er starb. Die Leiche wurde am Mittwoch in der Nacht in das Krankenhaus gebracht.

Mit heftigen Krämpfen erkrankte diese Person. Sie ist eine alte Frau, die seit längerer Zeit krank war. Die Leiche wurde am Mittwoch in der Nacht in das Krankenhaus gebracht.

Eigenemache der Bourgeoisie um das Land der proletarischen Dis- tatur durchbrechen werden. Hier kann die Auffassung der des sozialistische Aufbauarbeit Lehrlänger und auszubereitender herberet



werden als durch Aeden und Kubel. Die Bourgeoisie fürchtet diese Welt.

Der Ruf aus Mostau ist der Ruf der Revolution an die Werttätigen der ganzen Welt.

Am laufenden Band wird Bildung nicht gebraucht

Die Industrien haben sich wieder einmal mit der Ausbil- dung der Proleten befaßt. Der Drang nach Bildung in den Krei- sen der Werttätigen ist ihnen nicht besonders angenehm. Sie wollen die Bildungshütten ihrer Kinder als Privileg erhalten. Deshalb lobten sie folgende Entscheidung:

„Bei aller Anerkennung der hohen Aufgaben des Bildungs- weisens ist zu fordern, daß die Grenzen der durch die Schule zu erreichenden Bildungserfolge nicht verschnit werden. Die Ver- kennung dieser Grenzen fordert ein schuldig überhöhtes Auf-

der mehr auf schnelle und harte Blamhelligkeit beruhen und die Schularbeit nicht mit verfrühten, normgenommenen Din- gen belasten, die dem Leben vorbedacht sind.“

Beg alle mit der abnehmenden Lebenserwartung! Für die Pro- leten der geringen Bildungsstufe und Arbeitelassen. Was soll man mehr? Am laufenden Band wird Bildung nicht gebraucht. Also weg mit Bildung, die das Gehirn der Proleten nur unwirksam belastet! Und im übrigen die erparten Millionen den Indu- striellen als Subventionen.

Die Werttätigen werden diesen trochen Besatz zu beantwor- ten müssen. Ihre Kampfbereitschaft gegen Schul- und Kulturreak- tion zeigen sie bei der Elternratswahl durch die Wahl der SPD- proletarischer Schulkampff!

Oeffentliche Versammlung im Gasthof Wölfnitz

am Freitag, dem 24. April, Beginn 19.30 Uhr
Thema: „Panzerkreuzersozialismus oder proletarischer Klassenkampf“ / Referent: Genosse Blau, Berlin / Eintritt: 10 und 20 Pf.

Massenstreben, das eine Senkung der Durchschnittsbildung zur Folge hat. Die Uebersteigerung der Vorbildungsfordernngen führt zu dem Festhalten an prozentem Erziehungsabsatz und zu auf die Dauer untragbarem Zahlen für den Steuerzahler. Ins- besondere ist auch aus finanziellen Gründen anzudeuten, daß die akademische Ausbildung der Volkshilfslehrer aufzuheben wird, da diese dem Staat jährlich nicht weniger als 30 bis 35 Millionen RM kostet.

Die überhöhten Vorbildungsfordernngen für das Volkswirtschaftswesen müssen unmissverständlich auf das richtige Maß zurückgeführt werden. In den Schulen muß man sich wie-

E
ft./n!
naft
chte
L. an
lokal
ca
und
nke
egend
66
TATTE
arki
che usw.
zickpelle
en
Miß
suppt 8
rtitz
mmchen)
fenz
16
er Ker
terian
Klemmer
lbrillen
ort
sow Dr. 3
nd
1
m Kabell
rke
mandl.
binden
artikel
tungen
onstater
ottlieb
Straßel
mzen
ann
Red
rennhof
aronl
i
ern und
lbel.
ung
it
CO.
OTV-AS
1263
BEIT
es

Die Freiberger Arbeiterchaft rückt und mobilisiert zum Kampf!

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 500)

In einer gut diskutierten Versammlung sprach der Genosse Max Koller, Vorkämpfer der Freiberger Arbeiterchaft. Er behandelte die kapitalistische Verfallsperiode, den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion und zeigte den Kampfenden klar und deutlich den zu beschreitenden Weg, den das deutsche Proletariat unter Führung der kommunistischen Partei gehen muß, wenn es aus dem Erbeshandeln in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung herauskommen will. Die Notverordnung der Beschränkung der Verleumdungs-, Demonstrations- und Propagandafreiheit sei die Frucht der Politik der SPD-Führer, die bestrebt seien, jeden Kurs der kapitalistischen Staatsmacht nicht nur zu unterstützen, sondern auch tatkräftig gegen die Arbeiterklasse zur Durchführung zu bringen. Die Politik der SPD-Führer unterscheidet sich von der Politik der Nazis nur in der Verleumdung der Freie- und Verleumdungsphantasien, in der Praxis seien sie ein und dasselbe.

Mit einem aufrüttelnden Appell forderte er die anwesenden Arbeiterfrauen und Arbeiter auf, alle Kräfte einzusetzen, um eine mehrstündige Maidemonstration in Freiberg zu erreichen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 17. April in der „Union“ verlesene Freiberger Arbeiterchaft ist durch die kommunistische Partei als revolutionäre Führerin der Arbeiterklasse das vollste Vertrauen aus. Die verräterische Politik der SPD-Führer im Reichstag, die nur den Interessen der Kapitalistenklasse entspricht und der Falschierung der kapitalistischen Staatsgewalt offene Hilfsdienste leistet, hat aus der Sozialdemokratie eine Partei des Faschismus gemacht. Die Verleumdungen, ihre ganzen Kräfte einzusetzen, um auch den letzten Arbeiter von dieser Partei des Faschismus loszulösen und in die proletarische revolutionäre Einheitsfront um Kampfe gegen den Faschismus und für die Volkserlösung einzugliedern. Die Verleumdungen geloben weiter, den 1. Mai zur machtvollsten Kundgebung zu machen, die gesamte Freiberger Arbeiterchaft zu mobilisieren, daß sie nur noch unter Führung der kommunistischen Partei marschiert und den SPD-Führern, den Agenten der Bourgeoisie, die Gefolgschaft verweigert.

Erfolge unserer Gurmarbeit!

Vorbild. 15 Genossen und Kameraden des Kampfbandes erraten den Faschismus führten am 18. April in unserem Nachbarort Hartha-Hinterpersdorf eine Hausagitation durch. Als ersten Erfolg konnten wir verzeichnen den Umkehr von 52 Wählern. 21 Neue Wähler, 15 NSD und 12 Zeitungen. Also für 12,70 Wahl in einem Zeitraum von 1 1/2 Stunden. In Diskussionen mit der Arbeiterchaft konnten wir eine große Sympathie für unsere Bewegung stiften. Wir hoffen deshalb weiter vor und führen, vorbehaltlich der Genehmigung, am 25. April eine öffentliche Verleumdung in diesem Orte durch.

Der lebende Leichnam!

Zur Naturgeschichte des Renegaten Pück

Die SPD veranlaßt in Sachen Verleumdungen mit dem Renegaten Pück hat bereits in mehreren Versammlungen von untern Genossen eine herbe Abfuhr erhalten.

Wir veröffentlichen nachfolgenden Brief des Renegaten Pück, den er an Paul Poscher, Leipzig, geschrieben hat. Dieser Brief muß in allen Verleumdungen, wo dieser Renegat auftritt, verlesen werden.

Abdruck:

„Sinonimik (Dresde) 22. 8. 29.

Wein lieber Paul!

Tu hast dich immer gewundert, daß ich nichts mehr von mir hören ließ, keine Interzelle brachte usw. Der Grund ist einfach und schnell berichtet. Seit den Auseinandersetzungen in der Partei schlage ich mich mit Selbstmordgedanken. Es fand sich keine Tätigkeit, die mir Befriedigung bewährte. Abwehrend von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten plagte mich die Lunge, die mir jede Möglichkeit der Kraftentfaltung nahm. Ich habe eine Menge versucht, nichts wollte mir gelingen. Ich habe mich in der letzten Zeit an der Arbeit der Opposition nicht mehr beteiligt, deshalb nicht, weil ich die Politik der Opposition für zwecklos und falsch hielt. Es ist ja nichts damit erreicht, daß an Stelle Töbke, Brandler, Thalheimer tritt. Wenn die Politik nicht grundlegend geändert wird, hat alles keinen Sinn. Das bedeutet, Stellung zu den russischen Fragen nehmen. Sagen, daß die Politik der NSD nationalistisch ist, sie bekämpfen, das wird uns auf die Linie der SPD bringen. Dit ermag ich Übertritt zur SPD, aber immer habe ich diesen Gedanken niederge-

Landesverbandstagung sächsischer Mietervereine in Zwickau

Am 18. und 19. April hielt der Landesverband sächsischer Mietervereine, 814 Zwickau, seine Landesverbandstagung ab. Anwesend waren 100 Delegierte mit 166 berechtigten Stimmen, sowie der Bundesvorsitzende Dyckel, der Bundesgeschäftsführer Grothaus, ein Vertreter des Justizministeriums und der Stadt. Die kommunistische Fraktion war vertreten durch den Landtagsabgeordneten Mehlhorn, die Reichstagsfraktion hatte den Genossen Schumann, MdR, entsandt. Die SPD-Fraktionen hatten es vorgezogen, dieser Tagung fernzubleiben, um nicht ihre mieterfeindliche Haltung und ihre Zustimmung zur Notverordnung vor diesen Vertretern verantworten zu müssen. Der Verbandsvorsitzende Gürtler gab den mieterpolitischen Bericht und betonte, daß die Notverordnung eine unannehmerliche Maßnahme gegen die gesamte Mieterchaft ist, die diese nicht erwartet hätte. Ein Beweis, daß die Regierung die wahre Kampfessführung der Mieterorganisation für das einsehbar, was sie wert ist, und daß es jetzt gilt, härtere Kampfmaßnahmen zu ergrei-

Sächsischer Mieterkongreß in Chemnitz!

Die Mietervereine, Neubauvereine, Gewerkschaften werden eingeladen, Vertreter zum sächsischen Mieterkongreß zu entsenden. Er findet statt am

Sonntag dem 26. April 9.30 Uhr im „Kreuzlichen Hof“, Chemnitz, Brauhausstraße

Tagungsordnung:

1. Der Kampf gegen Mietwucher und Wohnungsnot. Referent: Georg Schumann, M. d. R., Berlin, Mitglied des Wohnungsausschusses
2. Die Wohnungsnot in Sachsen. Referent: Otto Hermann, M. d. L., Leipzig
3. Die Gemeinden und die Wohnungsnot. Referent: Erich Willenbrunn, Plauen, Stadtverordneter, Mitglied der sächsischen Gemeindefammer
4. Aussprache

Delegierte sind sofort zu melden an: Bezirksmieterverband Chemnitz, Sonnenstraße 27.

Arbeitermotorfahrer Dresden (Karte Sportplatz), Freitag den 24. April Mitgliederversammlung im Restaurant Wollitz, am Toppik 2.

Jede Ortsgruppe geht am Sonntag aufs Land! Treffte die Vorbereitungen zur Landwirtschaftskammerwahl! — Helft den wertvollen Bauern!

len — D. R.). Der Bundesvorsitzende Dyckel erläuterte den Entwurf zum sozialen Miet- und Wohnrecht und wendete sich mit ironischen Bemerkungen gegen die Notverordnung der Regierung. In der Aussprache beteiligten sich fast ausschließlich nur die kommunistischen Delegierten, da den sozialdemokratischen

die Plattform folgte durch die Zustimmung ihrer Reichstagsfraktion zur Notverordnung. Der Genosse Heine, Kobemisch, bemerkte, daß der Mieterchaft ein klarer Weg aufgezeigt werden muß, um hier einzubringen in die Schlichter, die der Mieterorganisation noch fernstehen, um diese für den Kampf für Wohnungsnot, gegen Mietwucher und Ermittlung zu gewinnen.

Dr. Krause, Zwickau, sprach zum Bundesentwurf zum sozialen Miet- und Wohnrecht und forderte, daß die Bemessung des Mietpreises fest formuliert wird und diese nicht in das Ermessen des Richters zu legen. Es muß mindestens der frühere Zustand im Mieterschutz wieder hergestellt werden.

Der beste Mieterschutz ist ausreichender Wohnungsbau

Genosse Schumann: Alle Mieterorganisationen stehen auf dem Standpunkt, daß der beste Mieterschutz ausreichender Wohnungsbau ist. Das Heimstättengesetz wird gegen die Kommunisten im Reichstag von Jahr zu Jahr verschleppt. Es muß erreicht werden, alle Mieterorganisationen zu einer großen politischen Front zusammenzubringen, dann wird es ein leichtes sein, die Belange der Mieterchaft im außerparlamentarischen Kampf zur Durchsetzung zu bringen. Der Entwurf des Reichsbundes ist längst nicht ausreichend. Ein von Mietern vertretenes Wohn- und Mietrecht muß jeder Familie ausreichend Wohnraum zu tragbarer Miete garantieren.

Genosse Hausbold, Meerane: Im heutigen Staat wird es überhaupt kein soziales Miet- und Wohnrecht geben, und wenn wirklich so etwas kommen sollte, so darf es nicht im bürgerlichen Geistesbuch verankert sein.

Dr. Krause: Die Befreiung der Wohnungsnot muß mit allen Mitteln angeht werden, zum Wohle der gesamten Mieterchaft.

(Engels zur Wohnungsfrage, Seite 66, Absatz 1: „Erst durch die Lösung der sozialen Frage, das heißt durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht.“)

(Dieses Ziel, welches vor fast 60 Jahren geschrieben ist, erreicht hat gerade heute noch im vollen Umfang nicht, wenn diese Leute von Krause nun die Wohnungsnot beseitigen wollen, müßten sie mit den Kommunisten gegen das heutige System kämpfen, aber sie tun gerade das Gegenteil. — D. R.)

Es sind vier Entschließungen angenommen worden, in denen der Gen. Weidmüller einige Streichungen beantragt hatte.

Schumann: Die von uns eingebrachten 7 Punkte sind die Grundlage im gegenwärtigen Staat zum sozialen Miet- und Wohnrecht. Wenn wir die Macht haben, werden wir unser Programm zur Durchführung bringen.

Der Bundesvorsitzende Dyckel mußte feststellen, daß die kommunistische Reichstagsfraktion immer loyaler für die Mieterchaft gearbeitet hätte. Die mieterpolitische Debatte wurde ja auch fast ausschließlich, wie schon oben erwähnt, von den kommunistischen Delegierten bestritten.

Die SPD gegen revolutionäre Mieterpolitik

Der Organisationsbericht war sehr mager. Dafür übten sich die Sozialdemokraten ausgiebig in Kommunistenhetze. Die SPD-Fraktion brachte eine Entschließung gegen den sächsischen Mieterkongreß in Chemnitz ein, in der behauptet wurde, daß damit die Mieterbewegung gespalten würde. Dabei bestehen zwei Reichsorganisationen, in denen die SPD die Führung hat. Jede Einigung wird vereitelt, weil jeder seine fetten Pösten verteidigt.

Die beiden Führer des Reichsbundes Dyckel (SPD) und Grothaus (SPD) wußten sich entschieden gegen diese sozialdemokratische Entschließung zu wenden, weil sie die Spaltung des Reichsbundes bedeute. Beide mußten zugestehen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen die Forderungen der Mieter gehandelt habe, während die kommunistische Partei entschieden für die Interessen der gesamten Mieterchaft eingetreten ist. Man dürfe nicht die Mieterverbände zu Kämpfern der SPD machen. Die Kommunisten hätten durchaus im Sinne des Reichsbundes gearbeitet und betrachtet die Mietervereine als überparteiliche Organisationen. Beide Vertreter des Bundesvorstandes verlangten die Zurückziehung der gefährlichen sozialdemokratischen Entschließung.

Die SPD-Fraktion mußte denn auch unter dem Prede der Argumente unserer Genossen wesentliche Sätze ihrer Entschließung preisgeben. Mit 91 gegen 57 Stimmen wurde schließlich die Entschließung gegen den Chemnitz-Mieterkongreß angenommen.

In den Landesvorstand wurde nur Genosse Weidmüller Chemnitz, gewählt.

Alle Mietervereine müssen nun erst recht zum Kongreß der sächsischen Mieterchaft am 26. April in Chemnitz Stellung nehmen und dafür sorgen, daß die gesamte sächsische Mieterchaft dort vertreten ist.

Ort: Kreuzlicher Hof, Brauhausstraße, Beginn 9.30 Uhr vormittags. Die Delegierten sind sofort zu melden an: Bezirksmieterverband Chemnitz, Sonnenstraße 27.

Das Reichsbanner „wirbt“ mit Kommunistenhetze

Am Sonnabend hatte die SPD in Dresden-Neustadt einen Werksausflug. Es wurde sich nicht lohnen, darauf einzugehen. Nur einige Blätter des Redners der SPD des Reichsbannersekretärs Schreiber, sollen selbsterklärend werden, weil sie die Verleumdung dieser Führer zeigen. Herr Schreiber sprach unter anderem also:

„Wir lehnen die Einheitsfront mit den Kommunisten ab, mir sind selber Einheitsfront genaug.“

So stellen sich diese ehemaligen „Linken“ dem Kampf gegen den Faschismus vor. Mögen SPD- und KPD-Arbeiter durch den Terror der Nazis fallen; macht nichts. Der Kampf muß gegen die Kommunisten geführt werden. Herr Schreiber zeigt, daß er von Herz gelernt hat. Die Arbeiter werden weiter auch ohne die Schreiber den Kampf führen gegen den kapitalistischen Terror.

Wichtig, Delegierte zum Bestenstempelkongreß!

Sämtliche Delegierten an den Bundesbestenstempelkongreß sind nach am 24. April 9.30 Uhr im „Kreuzlichen Hof“, Chemnitz, Brauhausstraße, eingeladen. Die Delegierten sind sofort zu melden an: Bezirksmieterverband Chemnitz, Sonnenstraße 27.

Wir bitten alle Genossen, die mit uns, daß die sogenannte „Interzelle“-Werksausflüge (Dresde, Leisnig, Leisnig) die Interzelle für die letzten proletarischen Kampftage sind, mit uns nicht zu tun hat. Genossen, die nicht mit uns gehen wollen, sind herzlich eingeladen, aber bitte nicht mit uns gehen. Wir stehen weiter bei der Kampfbahn. — D. R.

Trotz größten Glends Zuschüsse fürs Stadttheater

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 570)

Am Donnerstag dem 18. April fand in Meißen nach langer Zeit wieder einmal eine Stadterordnetenversammlung statt. Die wichtigsten Punkte waren 1. der Nachtrag zum Ortgeseh über die kostenlose Totenbestattung und 2. Zuschuß von rund 10 000 Mark an den Vorkämpfer des Stadttheaters. Berichterstatter Keller erläuterte zu 1. den Nachtrag zum Ortgeseh über die kostenlose Totenbestattung. Danach wurde für diejenigen, die noch in einer Verfallsperiode sind, kein Anspruch auf kostenlose Totenbestattung bestehen. Man hofft auf die Höhe 3000 Mark Zuschuß. Gen. Kampfrath wies in der Aussprache darauf hin, daß dieser Nachtrag zum Ortgeseh ungenutzte Verleumdungen für die Bürgerversammlung empfänglicher und für die Erwerbslosen bringe. Er habe schon im Ausschuß gegen diese Verleumdungen gestimmt. Ebenfalls die Stadterordneten Krenze, Keller und Schneider lehnten den Nachtrag ab. (Die Bürgerlichen und die sozialdemokratischen Stadterordneten lehnten ab und die Kreisbauernschaft distanziert, d. R.) Bei der Abstimmung wurde der Nachtrag einstimmig abgelehnt. Weiter wurden für Krüppelstützen 250 Mark bewilligt. Für Tuberkulosefürsorge wurden 10 000 Mark und für die ärztliche Versorgung minderbemittelter Erwerbsloser mit Einbindung der Ärzte wurden 6000 Mark bewilligt.

Danach wurde der Zuschuß von rund 10 000 Mark für das Stadttheater behandelt. Gen. Kampfrath lehnt die Subvention der Stadt an den Vorkämpfer des Stadttheaters ab. Er betont, daß nach dem Nachtrag abgelehnt ist, die Stadt an einer Weiterverpflichtung ablehnen muß. Die Erwerbslosen und Arbeiterunterstützungsmittel werden bei ihrer Hungerunterstützung keinen Gebrauch vom Zuschuß des Stadttheaters machen. Die Abstimmung ergab Annahme des Zuschusses gegen die Stimme des kommunistischen Vertreters.

Am Scherztag in der Spree stranden

Beim Scherztag am Sonntagmorgen ereignete sich ein Unglücksfall in Riebergurg, dem ein fünfjähriger Knabe zum Opfer fiel. Der fünfjährige Sohn des Bürgermeisters Jodisch war mit seinem Bruder an die Spree gegangen, um Fische zu fangen. Bei dem Versuch, eine Schotterinsel, die auf dem Wasser schwamm, herauszuholen, fiel der Knabe ins Wasser und ertrank. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Das Kind war am diesem Tage gerade 5 Jahre alt geworden.

Massen heraus zu der Solidaritätskundgebung

Deutschland-Frankreich

Länderfußballspiel der roten Sportler am 25. April in Dresden, 17.30 Uhr, auf der Jigenkampfbahn, Lennéstr.

Im Angriff gegen Lohnraub

RGÖ-Vorstoß im Dorfe!

Landarbeiterstreik in Westfalen und die Lehren für die kommenden Kämpfe

Rüftet zum roten Landsonntag am 26. April!

H. J. Der Kampf der westfälischen Landarbeiter, der auf insgesamt sieben Gütern in der Umgebung von Salzig durchgeführt wurde, ist beendet. Der Landarbeiterstreik, der sich gegen den Lohnraub der Junker richtete und der unter der ausschließlichen Führung des RGÖ stand, hat an drei Stellen, und zwar auf den Gütern in Hedeby, in Roggshof und in Jannig zum Siege geführt.

Wenn der Streik der Landarbeiter so schon seinem äußeren Ergebnis nach als ein voller Erfolg zu werten ist, so ist die politische Bedeutung dieses Kampfes eine noch größere. Dieser Streik war der erste Landarbeiterstreik, der seit Jahren im westfälischen Gebiet stattfand.

Die wichtigste Lehre des Landarbeiterstreiks für die Kommunistische Partei ist die, viel härter als bisher ihr Gesicht dem Lande zuzuwenden, um die Führerrolle der KPD auch unter dem

ausgebeuteten Landproletariat in weitestem Umfang zu sichern. Dazu gehört eine ständige Einleitung der Gesamtorganisation auf die Landarbeit, eine dauernde Information der Gesamtpartei über die Lage der Landarbeiter und der vertriebenen Bauern, Heranbildung von Landreferenten und systematisch händige Bearbeitung der Dörfer und Güter durch Parteimitglieder der Organisationseinheiten in den Städten.

Der Landarbeiterstreik war ein erster erfolgreicher roter Vorstoß auf dem Lande. Die Gesamtpartei und die RGÖ muß die Lehren aus diesem Kampfe ziehen und seinen Einfluß durch systematische und erhaltende Arbeit auch unter dem Landproletariat vergrößern. Sie müssen die gemachten Erfahrungen verwerten bei der Mobilisierung der Belegschaften der Metallindustrie und des Steinkohlenbergbaus zum Kampf gegen den bevorstehenden Lohnraub. Dem Teilkampf des Landproletariats muß unter Führung der RGÖ die entschlossene Gesamtfront gegen die Lohnräuber an der Metall- und Bergbaufront folgen.

RGÖ-Sturm in Sachsen

40 rote Listen bei der Reichsbahn

Dresden hat 12, Leipzig 17 und Chemnitz 7 rote Listen / Steigerung gegen das Vorjahr von 9 um 31 neue Listen / Alle heran zur Bearbeitung der Dorfmüller-Proleten!

Die RGÖ hat für die diesjährige Betriebsrätewahl an der Reichsbahn einen gewaltigen Vorsprung gegenüber dem Vorjahr gemacht. Die Zahl der roten Listen wurde von 7 auf mindestens 40 erhöht. Es fehlen noch einige kleinere Dienststellen, von denen noch kein endgültiger Bericht vorliegt.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat auf den Dienststellen und den Reparaturwerkstätten der Leipziger Reichsbahn einen entscheidenden Vorstoß unternommen. Das Ziel der revolutionären Eisenbahner und der RGÖ war, in Leipzig 20 rote Listen zu der am 9. und 10. Mai stattfindenden Betriebsrätewahl aufzustellen.

Am deutlichsten zeigte sich das beim Ausbruch des Kampfes auf den Gütern in Roggshof und Jannig, die bereits vor dem 1. April den Kampf aufnahmen, obwohl nach den Kampfbereitungen der RGÖ geplant war, erst am 2. Osterfesttag eine zentrale Delegiertenkonferenz der Landarbeiter stattfinden zu lassen, die über die Kampfaufnahme entscheiden sollte.

Bei der Reichsbahn im Ortsbereich Chemnitz werden gegenüber 1 Liste im Vorjahr, diesmal 7 rote Listen zur Wahl am 9. und 10. Mai aufgestellt. Seit bis zum 9. und 10. Mai alle Kräfte der RGÖ und der Partei ein zur reiflichen Mobilisierung aller Dienststellen und Streikentwaffnung für den Sieg der Roten Listen bei der Reichsbahn

Neuer Lohnraubvorstoß in der Metallindustrie

Bis 20 Prozent Abbau bei Gehfert & Donner

SPD-Betriebsräte infame Helfershelfer beim Lohnabbau / RGÖ-Lösung: Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub / Rüftet zur Chemnitzer Konferenz am 3. Mai!

Die Chemnitzer Metallfirma Seifert u. Donner hat ihren Arbeitern einen Lohnabbau von 10 bis 20 Prozent angefügt. Der circa 600 Arbeiter und Angestellten, denen durch den letzten Lohnraubschub durch Kautzartel (vier Tage) schon über ein Drittel ihres Lohnes geraubt worden ist, bemängelte sich ob dieser frechen Vorgehens des Unternehmens eine harte Erregung.

Delegierte zur Metallkampfkonzernung am 3. Mai in Chemnitz! Dieses neue Lohnraubattentat muß die gesamte sächsische Metallarbeiterfront alarmieren.

Lohnraub droht in Gottliebs

Das Rutz- und Behandlungspersonal (Bodemeister, Wasseute usw.) befindet sich in ärztlichem Zustand. Der Betriebsrat hat keine Kampfmaßnahmen vorgeschlagen. Die Gewerkschaft hat kein Interesse, diesen Zustand zu befestigen. Das Personal ist also auf Gnade und Ungnade vollständig der reaktionären Verwaltung ausgeliefert.

Glasarbeiter, wählt Kampfauslöser!

Die Verhandlungen über den Glasarbeiterstreik finden am 24. April statt. Nicht die Glasbetriebe streikfrei gegen jeden Pfennig Lohnraub!

„Die Herren Chefs sind außer sich!“

Die rote Einheitsliste erhielt 64 Stimmen (1930: 61), die Reformisten 30 (1930: 30). Die Verteilung der Stimmkraft ist folgendermaßen: Die Wahl ist infolge der vorher getroffenen Terrorakte und Intrigen ein unermesslicher Vernichtungsschlag gegen die Reformisten der Herren Beranndt, Augustin und Wankmann.

„Das Vorgehen des Unternehmens ist zwar lastend, aber die Kollegen sind über sich, die haben immer ja- und nein gesagt!“

Wenn also die Metallarbeiter, die durch den Einzelstreik-Schleppspruch um ihren Lohn gebracht wurden, denen Kautzartel einen weiteren Lohnraubschub brachte, versuchen, diesen Lohnraubschub durch Schultzeil teilweise wieder herauszuholen, um nicht verhungern zu müssen, dann erklären diese Unternehmernachfolger noch frech: „Die Arbeiter sind am Lohnabbau selbst schuld.“

Sachsen-Konferenz roter Gemeinde- und Betriebsarbeiter

Am 25. und 26. April tagen in Chemnitz „Goldener Kaiser“, Dresdener Straße, die sächsischen Gemeinde- und Betriebsarbeiter. Hauptthema: „Gemeindeprolet in Zetteln des Imperialismus“

Diese Konferenz soll die enge Zusammenarbeit zwischen Gemeindearbeitern und Betriebsarbeitern herstellen. Die vergangene Kampfsaison zeigt, daß die Verbindung eine bessere sein muß. Der parlamentarische Kampf gegen Lohnraub und Massenentlassungen muß in enger Verbindung mit dem Gemeindearbeiter durchgeföhrt werden.

Am 18. März 1931 fand die Betriebsrätewahl bei Seifert & Donner, Niederwiesing, statt. Trotz vorheriger Beschlüsse der Reformisten und Spitzdienste der Betriebsräte, trotz der Entlassung von 42 Arbeitern vor der Wahl, entschied sich die Belegschaft in der Mehrheit für die RGÖ.

Zugelassen die Möglichkeit der RGÖ! Derartige Streikaktionen werden! Die sächsischen Betriebsräte sind! Die sächsischen Betriebsräte sind! Die sächsischen Betriebsräte sind!

beispielgebender Kühnheit und Aufopferung

Leitens der streikenden Landarbeiter durchgeführt wurde. Es zeigte sich auch hier, wie in vielen anderen Bezirken des Reiches, daß die allgemeine Verhärtung der wirtschaftlichen und politischen Kräfte in immer rascherem Tempo sich auch auf solche Schichten des Proletariats auswirkt, die in den letzten Jahren nahezu von jeder Streikbewegung unberührt geblieben waren.

Es entsprach nur der politischen Bedeutung des Streiks, daß die Junker von vornherein Polizei gegen die Streikenden einsetzten. Besonders hatten sie es selbstverständlich auf die Landarbeiterverbände abgesehen. So wurde den Arbeitern des Gutes Trauschheim mit listiger Entschlossenheit gebot, falls sie sich an einer Betätigung der RGÖ beteiligen würden, aus den Meldungen der bürgerlichen Presse, wonach in Roggshof und an anderen Stellen wertvolle landwirtschaftliche Maschinen von den über den Terror der Junker empörten Landarbeitern zum Teil vernichtet, zum Teil schwer beschädigt wurden, geben einen Begriff von der Erbitterung, mit der dieser Kampf geführt wurde.

Es entsprach nur der politischen Bedeutung des Streiks, daß die Junker von vornherein Polizei gegen die Streikenden einsetzten. Besonders hatten sie es selbstverständlich auf die Landarbeiterverbände abgesehen. So wurde den Arbeitern des Gutes Trauschheim mit listiger Entschlossenheit gebot, falls sie sich an einer Betätigung der RGÖ beteiligen würden, aus den Meldungen der bürgerlichen Presse, wonach in Roggshof und an anderen Stellen wertvolle landwirtschaftliche Maschinen von den über den Terror der Junker empörten Landarbeitern zum Teil vernichtet, zum Teil schwer beschädigt wurden, geben einen Begriff von der Erbitterung, mit der dieser Kampf geführt wurde.

Es entsprach nur der politischen Bedeutung des Streiks, daß die Junker von vornherein Polizei gegen die Streikenden einsetzten. Besonders hatten sie es selbstverständlich auf die Landarbeiterverbände abgesehen. So wurde den Arbeitern des Gutes Trauschheim mit listiger Entschlossenheit gebot, falls sie sich an einer Betätigung der RGÖ beteiligen würden, aus den Meldungen der bürgerlichen Presse, wonach in Roggshof und an anderen Stellen wertvolle landwirtschaftliche Maschinen von den über den Terror der Junker empörten Landarbeitern zum Teil vernichtet, zum Teil schwer beschädigt wurden, geben einen Begriff von der Erbitterung, mit der dieser Kampf geführt wurde.

Es entsprach nur der politischen Bedeutung des Streiks, daß die Junker von vornherein Polizei gegen die Streikenden einsetzten. Besonders hatten sie es selbstverständlich auf die Landarbeiterverbände abgesehen. So wurde den Arbeitern des Gutes Trauschheim mit listiger Entschlossenheit gebot, falls sie sich an einer Betätigung der RGÖ beteiligen würden, aus den Meldungen der bürgerlichen Presse, wonach in Roggshof und an anderen Stellen wertvolle landwirtschaftliche Maschinen von den über den Terror der Junker empörten Landarbeitern zum Teil vernichtet, zum Teil schwer beschädigt wurden, geben einen Begriff von der Erbitterung, mit der dieser Kampf geführt wurde.

anliegende Kampfkommune der Landarbeiter

Es entsprach nur der politischen Bedeutung des Streiks, daß die Junker von vornherein Polizei gegen die Streikenden einsetzten. Besonders hatten sie es selbstverständlich auf die Landarbeiterverbände abgesehen. So wurde den Arbeitern des Gutes Trauschheim mit listiger Entschlossenheit gebot, falls sie sich an einer Betätigung der RGÖ beteiligen würden, aus den Meldungen der bürgerlichen Presse, wonach in Roggshof und an anderen Stellen wertvolle landwirtschaftliche Maschinen von den über den Terror der Junker empörten Landarbeitern zum Teil vernichtet, zum Teil schwer beschädigt wurden, geben einen Begriff von der Erbitterung, mit der dieser Kampf geführt wurde.

Es entsprach nur der politischen Bedeutung des Streiks, daß die Junker von vornherein Polizei gegen die Streikenden einsetzten. Besonders hatten sie es selbstverständlich auf die Landarbeiterverbände abgesehen. So wurde den Arbeitern des Gutes Trauschheim mit listiger Entschlossenheit gebot, falls sie sich an einer Betätigung der RGÖ beteiligen würden, aus den Meldungen der bürgerlichen Presse, wonach in Roggshof und an anderen Stellen wertvolle landwirtschaftliche Maschinen von den über den Terror der Junker empörten Landarbeitern zum Teil vernichtet, zum Teil schwer beschädigt wurden, geben einen Begriff von der Erbitterung, mit der dieser Kampf geführt wurde.

Es entsprach nur der politischen Bedeutung des Streiks, daß die Junker von vornherein Polizei gegen die Streikenden einsetzten. Besonders hatten sie es selbstverständlich auf die Landarbeiterverbände abgesehen. So wurde den Arbeitern des Gutes Trauschheim mit listiger Entschlossenheit gebot, falls sie sich an einer Betätigung der RGÖ beteiligen würden, aus den Meldungen der bürgerlichen Presse, wonach in Roggshof und an anderen Stellen wertvolle landwirtschaftliche Maschinen von den über den Terror der Junker empörten Landarbeitern zum Teil vernichtet, zum Teil schwer beschädigt wurden, geben einen Begriff von der Erbitterung, mit der dieser Kampf geführt wurde.

organisatorischen Stellung

Es entsprach nur der politischen Bedeutung des Streiks, daß die Junker von vornherein Polizei gegen die Streikenden einsetzten. Besonders hatten sie es selbstverständlich auf die Landarbeiterverbände abgesehen. So wurde den Arbeitern des Gutes Trauschheim mit listiger Entschlossenheit gebot, falls sie sich an einer Betätigung der RGÖ beteiligen würden, aus den Meldungen der bürgerlichen Presse, wonach in Roggshof und an anderen Stellen wertvolle landwirtschaftliche Maschinen von den über den Terror der Junker empörten Landarbeitern zum Teil vernichtet, zum Teil schwer beschädigt wurden, geben einen Begriff von der Erbitterung, mit der dieser Kampf geführt wurde.

Rund um den Erdball

Der Massenmörder als Sprachrohr der pfäffischen Reaktion

Neunfaches Todesurteil für Peter Kürten

Staatsanwalt Jansen: „Hauptverdienst der Entlarvung gebührt der kommunistischen Presse“

Im Prozeß gegen den Massenmörder Peter Kürten wurde am Mittwochnachmittag um 4.10 Uhr vom Schwurgericht nach anderthalbstündiger Beratung das Urteil gefällt. Unter lautloser Spannung des vollbesetzten Verhandlungsraumes verkündete Landgerichtsdirektor Rose folgendes Urteil: „Der Angeklagte ist des Mordes in neun Fällen und in zwei Fällen der Notzucht und der gewalttätigen Vornahme unzüchtiger Handlungen schuldig. Er wird für jeden Fall des Mordes mit dem Tode bestraft, ferner wegen Mordversuch in sieben Fällen zu einer Gefängnisstrafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die „bürgerlichen Ehrenrechte“ werden ihm auf Lebensdauer aberkannt. Außerdem wird er unter Polizeiaufsicht gestellt. Die zu den Taten benutzten Instrumente werden vom Gericht eingezogen. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last.“

Düsseldorf, 22. April. Am Mittwoch vormittag begannen zunächst die Plädoyers. Zuerst sprach der Staatsanwaltschaftsatorat Jansen. Aus den Ausführungen der Staatsanwaltschaft ging die völlige Hilflosigkeit zum juristisch-pathologischen Problem Kürten hervor. In Beginn der Ausführungen hielt Staatsanwaltschaftsatorat Jansen eine große Verteidigungsrede für die Kriminalpolizei. Die Polizei habe 12.000 Spuren verfolgt, ferner hätten sich 200 Personen selbstbezeugt. Auch die beste Kriminalpolizei hätte also nicht anders arbeiten können, als es in Düsseldorf geschehen ist. Staatsanwaltschaftsatorat Jansen bespricht dann jeden Mordfall bis in die kleinsten Details, die schon allgemein bekannt sind.

Dann erklärte er wortlich, daß das größte Verdienst an der Heberführung Kürtens unserem Schwurgericht, der Duisburger „Arbeiterzeitung“ zuzuschreiben ist.

Kürten hat nämlich auch an diese Zeitung einen Mordbrief geschrieben, der aber im Gegensatz zu allen anderen Mordbriefen nicht veröffentlicht wurde. Die Angaben in diesem Brief waren völlig einwandfrei darauf hin, daß sie tatsächlich vom Urheber der Taten gemacht worden waren.

Fromme Wünsche

Nun isoliert der Oberstaatsanwalt Eiche mit einem außerordentlich lauten Plädoyer, in dem die entscheidenden Grundfragen übergegangen wurden. Seiner Weisheit letzter Schluss waren die Worte: „Wir haben in Kürten ein Exemplar von abgrundtiefer Verkommenheit und wollen nur hoffen, daß sich ein solches Exemplar nie wiederholen wird.“ Er ging dann auf die Jugend Kürtens ein und auf seine drei Morden, die Kürten als Achtjähriger vom Elternhaus fern gebracht hat und sich während dieser Zeit vom Straßenraub ernährte. „Vater Gottes ist er damals nicht in eine Wagnerserie gekommen, da wäre er vielleicht noch ein ordentlicher Mensch geworden. Kürten habe kein Ziel, der König der Sexualverbrechen zu werden, mit allen Mitteln zu erreichen versucht. Die Frage ist nun, ob man einem solchen Mann die Zukunftschancen abschneiden muß. Kürten sei der lebendige Beweis dafür, daß die Ungehörlichkeit der Taten nicht die Unzureichendheit des Täters voraussetzt.“ Das Motiv seiner Morde ist die sexuelle Verführung. „Dieses sexuelle Motiv bleibt aber durchaus im Rahmen der freien Willensbestimmung.“ In den krassesten Zuchtsittungen Kürtens wachte der Oberstaatsanwalt nicht weiter zu sagen, als: „Jeder Mensch muß eben sein Geschlechtlichen Jügel ...“

Der Strafantrag

Um 5 1/2 Uhr wurden dann folgende Strafen gegen Kürten beantragt: Neunfache Todesstrafe wegen vollendeten Mordes in zehn Fällen mit verlustiger Notzucht, 60 Jahre Zuchthaus, die nach dem Gesetz auf eine Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus zusammengefaßt sind, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer, Stellung unter Polizeiaufsicht auf Lebenszeit und Einziehung der Mordinstrumente.

Massenmörder verteidigt den Kulturfaschismus

Nach den kurzen Ausführungen des Oberstaatsanwalts nimmt Kürten das Wort. Was er vorträgt, ist ihm unzweifelhaft vom Gefängnisgeistlichen vorgefaßt und so ungeheuerlich, daß besonders die wertvolle Bevölkerung mit allem Nachdruck auf die Unzuständigkeit des Richters hingewiesen werden muß. Kürten tut nicht weh und nicht weniger, als seine Taten in Parallele zu setzen mit dem Abtreibungsprozeß Wolf-Kienle. Weiter versucht er unter dem Einfluß des Gefängnisgeistlichen sich ein moralisches Gefühl gegen die Gottlosbewegung zu geben. Ausgerechnet dieser Mensch, dessen tollkühne Jugend in einer kühnen Familie geradezu ein typisches Beispiel für die Verhöhnung des § 218, diente für diesen Paragrafen eine Banze.

Kürten sagt: „Meine Taten sind nach meiner jetzigen Erkenntnis so schrecklich, daß ich gar nicht den Versuch wage, sie in irgendeiner Form zu entschuldigen. Aber sie wären doch nicht so

schrecklich, wenn man daran denkt, daß die Kerle Dr. Wolff und Kienle in Stuttgart Tausende von Menschenleben zerstört haben und dafür von gewissen Volksschichten noch gefeiert werden. Man sagt, mein unglückliches Innenleben sei nicht die Ursache meiner späteren Taten. Ich glaube, im Gegenteil, daß die Familie das Wichtigste für den Menschen überhaupt ist. Heute sind ja Kräfte am Werke, um das Familienleben zu zerstören. Ich erinnere hier nur an die Aktionäre der Brauereien und die Gottlosbewegung. An dem Tage, wo ich mich meiner Frau offenbart habe, ist mein Gewissen übermüht gewesen. Es kommt auch für den schwersten Verbrecher ein Zeitpunkt, wo er zusammenbricht. Das dieser Prozeß durchgeführt werden konnte, verdanke Sie hauptsächlich meiner Frau. Die Zeitungen haben im großen und ganzen sehr maßvoll berichtet, doch war es gerade die Revolverpresse, die am lautesten mein Blut verlangte. Zum Schluß bekommt er dann das heulende Gend und beteuert, daß er keine Opfer nicht unnötig gequält habe. Seine letzten Worte waren: „Meine Herren, seien Sie verständlich.“

In der Roten Armee wären diese Menschenschinder einfach undenkbar

Reichswehrmusiker in den Tod gehebt

„Der Alte soll bei lebendigem Leibe verkauft“

München, 22. April. Nach Meldung der sozialdemokratischen Münchener Zeitung wurde vor einigen Tagen in einem bei München gelegenen Walde die Leiche des Reichswehrsoldaten Wagner vom Reichswehrkommando München gefunden. Wagner, der als Musiker in der Reichswehr tätig war und seit dem 23. Februar dieses Jahres vermisst wurde, hatte sich erhängt. Auf einem Zettel, den man bei der Leiche fand, verfluchte der Selbstmörder denjenigen seiner Vorgesetzten, der ihn zu diesem verzweiflungsvollen Schritt getrieben hatte, mit den Worten: „Der Alte soll am lebendigen Leibe verkauft.“

Nach der Darstellung der sozialdemokratischen Zeitung ist dieser Reichswehrsoldat ein Opfer eines mochtalbtätigen Menschenhändlers, des Obermusikleiters Eber, geworden. Dieser Soldatenquälner muß das Leben seiner willenlos Untergebenen geradezu zur Hölle gemacht haben. In den Alltätigkeiten gehörte es bei ihm, u. a. seine Musikanten mit den tollsten Beschimpfungen anzuwachen, bei denen selbst der berüchtigte Feldwebel des kaiserlichen Heeres noch nachträglich vor Neid erblasse mußte. Einen besonderen Zid hatte dieser Kapellmeister auf den Oberregimentler Wagner, der trotz seiner Jugend drei Jahre lang erster Trompeter gewesen war und eine hohe künstlerische Begabung besaß. Nicht genug, daß er diesen jungen Menschen auf allerlei raffinierte Weise auslachte, mußte er auch mehrere Male bei grimmigster Winterkälte in der Wästelkappe jundenlang „zur Lebung“ trompeten.

Eine andere Quelle, die ebenfalls an die berüchtigte kaiserliche Methode der Soldatenhinteret erinnert, bei der, wie viel-

leicht noch nicht vergessen, Soldaten auf den Kleiderlippen beim Gelang von Deutschland, Deutschland über alles“ Anlehnung machen mußten, war, daß der Obermusikmeister Eber die Musiker ohne Rücksicht auf Alter und Dienstgrad während der Probe in Anlehnung spielen ließ.

In der glühenden Hitze des Sommers ließ dieser Schinder seine Musikanten mit der Dunsttiepe auf dem Kopf auf der heißen, sonnenbeschienenen Landstraße Stundenlang auf- und abmarschieren und sich die Lunge aus dem Hals musizieren. Der junge Wagner, der sein verpfushtes Leben im Dienste der Republik jeht im Walde von Eichen ein Ende bereitet hat, hegte bereits im vergangenen Jahre einen Selbstmordversuch. Ein zweiter Soldat, der Oberregimentler Bauer, der ebenfalls unter den Böswilligkeiten dieses unheimlichen Soldaten zu leiden hatte, griff in seiner Verzweiflung zum Gasghen. Nur durch das Dazwischentreten seiner Wirtin wurde verhindert, daß Obermusikmeister Eber nicht zwei junge Menschen in den Tod hegte. Und das Reichswehrministerium? Was wird es tun? Es wird sich gewiß wieder wie so oft befinden, zu versichern, daß „ungehend eine strenge Untersuchung eingeleitet wird.“

Eine Frage an die Verantwortlichen in Deutschland: Was glaubt ihr, würde mit diesem Obermusikmeister in der Roten Armee geschehen? Nun, diese Frage ist in bezug auf die Rote Armee einfach gar nicht zu stellen! Solche Fälle sind in der ersten Armee des Weltproletariats undenkbar, denn Soldaten und Vorgesetzte sind dort gleichgestellte Kameraden im Kampf für den Sozialismus.

Humanitäres Dorf in Flammen

104 Bauernhöfe vernichtet — Ein Todesopfer.

Bukarest, 22. April. In der Gemeinde Cerna in der Wallachei brach durch Unvorsichtigkeit einer Bäuerin in einem Gehöft Feuer aus. Der herrschende heftige Wind trieb den Brand mit Blitzschnelle über den ganzen Ort. 104 Bauernhöfe wurden bis auf die Grundmauern eingestürzt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen kam eine Person in den Flammen um, außerdem verbrannte zahlreiche Vieh.

Sagt's weiter ...!

Sozialistische Bücher und Broschüren, sagt man, sind Waffen im Klassenkampf. Richtig. Aber was nützen, zum Teufel, diese Waffen im Klassenkampf, wenn sie in dunkelgeheizten Nullbaumschränken oder auf grün-, gelb-, blaulackierten Borten „verrotten“? Einen Dreck nützen sie da was! Kommt mir bloß nicht mit der Pille: Die brauch ich als Nachschlage-werke... (Grimmiges Lachen.) In einer Zeit, wo Millionen Klassengenossen sich kaum den Bauch mit Kartoffeln vollschlagen, geschweige sich Bücher kaufen können, gilt die Entschuldigung von wegen „Nachschlagebücher“ allerhöchstens für die Werke unserer marxistischen Klassiker. Alles andere aber: Raus damit aus dem Nullbaumschrank! Runter damit von den Bücherböden! Und fix, fix, ins Volk damit! Laßt euch doch nicht von dem 16jährigen Jugendgenossen beschämen, der am Dienstag dem Massenkritikabend der Berliner Jugend über Bogdanows „Das erste Mädel“ erzählte, daß er sich das Buch vor fünf Monaten auf Abzahlung von seiner jammervollen Lehrlingslöhning gekauft hätte und daß es seit der Zeit kursierte wie'n blanker Fußzeger. „Fühlt sich jemand getroffen?“

Neue Erdstöße in Neuseeland

Neuseeland ist wieder von neuen schweren Erdbeben heimgesucht worden. In der Hawkes-Bucht, an der die im Februar durch schwere Erdbeben zerstörte Stadt Napier liegt, jürzten eine Anzahl der Häuserruinen aus jener Zeit ein.

Das Sprengungsglück bei der Reichswehr

Ein zweiter Verlegter fest gestorben

Citroade, 22. April. Das von uns bereits gestern gemeldete Explosionsunglück bei der Sprengung der Reichswehr in Citroade hat jetzt ein zweites Todesopfer gefordert. Der Obergefreite Cibrich ist in der Nacht zum Mittwoch seinen schweren Verletzungen erlegen. Die offiziellen Reichswehrstellen besellen sich, mitzutheilen, daß die bisherige Untersuchung ergeben hätte, daß ein „Verstößen irgendwelcher Personen an der Minenexplosion nicht vorläge.“

Jad Diamond wieder verhaftet

Wann, war er so knaufsig mit Befechungsgeldern? Neuhort, 22. April. Der millionenschwere Bandenführer Chifagos, Jad Diamond, ist in seiner Haft beschlagnahmten Wisa bei Wera in den Kaschir-Bergen verhaftet worden.

Die Behörde hat eine ganze Abteilung schwerbewaffneter Polizisten aufgesendet zu dieser Aktion. Trotzdem Jad Diamond von einer ebenfalls gut bewaffneten Leibgarde umgeben war, ließ er sich jedoch widerstandslos verhaften. Seiner Teilnahme erfolgte auf die Anzeige eines Schöpfers hin, der Mitglieder der Bande Jad Diamonds beschuldigte, sie hätten ihn überfallen, an einen Baum gebunden und Feuer unter einen Fuß geblasen.

Englischer Dampfer vermisst

Der 1107 Tons große Dampfer „Calder“, der am Freitag Hamburg verlassen hat, ist in keinem Bestimmungshafen noch nicht angekommen. In der Hamburger Nachrichten ist ein Rettungsboot und ein Rettungsring der „Calder“ angetroffen worden. Kein Hinweis auf das Schicksal des Schiffes ist bisher nach Spuren des Schiffes abgesehen.

Beantwortlich: Richard Kroll, Buda.



Warum schweigt Sahlmann?

Zum Buchdruckerstreik im „Volksstaat“

Kollegen, macht Schluss mit dem banfrohen Reformismus, Verbreitert die Kampffront/Rämpf mit RGO

In der „Volksstaat“-Druckerei wird der Streik fortgesetzt. Die... (text continues)

der anderen Großbetriebe einsehen. Im Anzeiger, den Dresdner... (text continues)

Wenn bis zu einem bestimmten Tage die Volksstaatsdruckerei... (text continues)

Von den Kollegen an den Stempelstellen kann die Solidarität... (text continues)

Zeigt wirkliche proletarische Kameradschaftlichkeit, der... (text continues)

Herr Sahlmann schwieg auch dazu bis heute. Er will seinen... (text continues)

Sein Schweigen ist berechtigt.

Es ist das Eingeständnis der Buchdruckerhungen, daß sie mit... (text continues)

Die Solidarität der Erwerbstätigen, die glänzende Kampf... (text continues)

„Untergrabung der Autorität“

Wirkung der Firma Sahlmann & Co. Dresden gegen den roten... (text continues)

Unserer Firma ist der rote Betriebsrat unbekannt. Man... (text continues)

Unabhängig einer Auseinandersetzung des Herrn Augustin... (text continues)

Antifaschistisches Treffen in Bad Schandau am 26. April 1931

Stellung zur Demonstration: 13.30 Uhr in Wendischbühler... (text continues)

Strohsäcke

Ewald Kluge Pirna Lange Str. 17

Möbel

Polsterwaren

Kauf Sie billigst!

Trips, Freiberg

Burgstraße 21

Wann der Herr Rudolf Schramm... (text continues)

Paul Donath

Maurer

Berufs-Kleidung besonders billig! Berufsmantel für Damen... Wickelschürze... Berufsmantel für Herren... Ludwig Bach & Co.

Rundfunk

Freitag den 24. April: Leipzig-Dresden... (text continues)

Deutsche Werke Kunstgewerbetechnik... (text continues)

Berlin... (text continues)

Köln... (text continues)

Stettin... (text continues)

Ämtliche Bekanntmachung

Stendal-Stilla Freitag, den 24. April, abends 8 Uhr... (text continues)

Der Rote 1 Mark Roman ist da!

Genossen Arbeiterkorrespondenten! Lest den RGO Roman BREDEL MASCHINENFABRIK N & K

und schreibt uns Eure Meinung darüber

Internationaler Arbeiter-Verlag Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28

Herren- und Knaben-Kleidung, Herren- und Knaben- / Feinste Maßschneiderei

Emil Hohlfeldt, Dresden-N. 6 Hauptstr., Ecke Dreikönigskirche, v. Ritterstr. 7-8

Chemische Reinigung Kleiderfärberei, Grobputzerei

W. Kelling Dresden & Filialen überall

Fahrräder GEG Herren-Tourenrad 95° 80° Herren-Tourenrad m. Ballonbereifung 115° Halbrenner 105° Damen-Tourenrad 103° 87° Damen-Tourenrad m. Ballonbereifung 128° Kinder-Tourenrad 90° 85° Fahrraddecken 4° 4° 2° 2° Fahrradschläuche 1° 1° 90° Reichhaltiges Lager aller Zubehörtteile GEG bürgt für Qualität Konsumverein VORWÄRTS Abgabe nur an Mitglieder

